

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

Ausgabe 27/25



Schatten des Krieges

Der Angriff Israels und der USA auf den Iran wirft Fragen auf

Die Schläge gegen Teheran als bisher letzter Akt einer Umwälzung im Nahen Osten Seite 4

Nur Bürokratie oder echte Unterstützung?

In zwei Bundesländern gibt es Pflegekammern. Die in Rheinland-Pfalz ist unter Druck. Seite 9

Droht in Armenien ein längerer Kirchenkampf?

Durchsuchung des Katholikats und Festnahme eines Erzbischofs sind weiterer Tiefpunkt. Seite 39

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

Seite 12

Klimaschutz hat derzeit keinen guten Stand. Das zeigte sich auch jüngst in Bonn.



Seite 14

Der „Fall Libero Milone“ kann zeigen, ob und wie die Vatikan-Justiz unter Leo XIV. arbeitet



Seite 20

Österreich debattiert kontrovers über einen Gesetzentwurf gegen Konversionstherapien



Seite 24

In Panama soll die katholische Kirche bei den Sozialprotesten vermitteln.



Seite 27

Die Presseschau:
Kommentare säkularer und religiöser Medien

Seite 33

Gespräch mit Natalie Georgi, der ersten Frau an der Spitze der größten deutschen Freikirche



Titelbild:
Symbolbild zum Militärschlag der
USA gegen den Iran
Foto: Imago/IlluPics

3. Juli 2025

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Nahen Osten den Überblick zu behalten, ist kaum möglich. Sicher ist: Seit Oktober 2023 haben sich Kräfteverhältnisse stark verschoben, die Ausichten auf ein Ende der Konflikte aber verschlechtert. Der Eingriff der USA mit Luftschlägen gegen Irans Atomanlagen war für uns Anlass, erneut einen Blick in die Region zu werfen.

Kaum aussichtsreicher sind die Ausblicke beim Klimawandel – nicht nur wegen der jüngsten Hitzewelle in Indien und Europa. Joachim Heinz hat in Bonn die Vorbereitung auf die nächste Klimakonferenz im November in Brasilien beobachtet. Matthias Jöran Berntsen hingegen bilanziert den Versuch einer besseren Interessenvertretung für Pflegekräfte am Beispiel der Pflegekammer in Rheinland-Pfalz.

In Lateinamerika ist die katholische Kirche nach wie vor als politischer Player gefragt. Nachdem Tobias Käufer in der vergangenen Ausgabe aus Kolumbien berichtete, tut er es diesmal aus Panama. Und in Wien beleuchtet Johannes Pernsteiner die Debatte über ein Verbot von Konversionstherapien.

Benjamin Lassiwes Interview mit Natalie Georgi, der ersten Präsidentin des Bundes der Baptisten, schließlich bietet vielfältige Einblicke aus der Welt der Freikirchen.

Roland Juchem

Impressum

Geschäftsführerin:

Dr. Andrea Rübenacker

Chefredakteur:

Dr. Bernward Loheide

Stv. Chefredakteur/CvD:

Thomas Winkel

Heinrich-Brüning-Straße 9
53113 Bonn

Telefon: +49 (228) 26 00 00

E-Mail: hintergrund@kna.de

© Copyright 2025 KNA. Alle Rechte vorbehalten. Mit dem Abonnement ist ein Leserecht verbunden. Für die Weitergabe sowie die Veröffentlichung der Inhalte (auch einzeln oder auszugsweise) und aller darin verlinkten Inhalte der KNA bedarf es eines entsprechenden Nutzungs- und Veröffentlichungsrechts. Bitte fordern Sie dies bei Bedarf im KNA-Vertrieb an: vertrieb@kna.de. Jeder Verstoß wird als Urheberrechtsverletzung gewertet.



Kriegsgewöhnung

Am 21. Juni im Weißen Haus nach dem Angriff auf Irans Atomanlagen (v.li.): US-Vize-Präsident J.D. Vance, Präsident Donald Trump, Außenminister Marco Rubio und Verteidigungsminister Pete Hegseth. Foto: Imago/ Zuma Press Wire

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich der Nahe Osten umwälzend verändert. Zuletzt griffen auch die USA aktiv in die bewaffneten Konflikte ein. Strategien und rechtliche Hintergründe werden kontrovers diskutiert.

Von Roland Juchem

Osnabrück (KNA) Eines hatte Donald Trump nicht vor, als er wieder ins Weiße Haus einzog: Sein Land erneut in komplizierte militärische Auseinandersetzungen fern der Heimat zu führen, in die sich fast jeder seiner Vorgänger verstrickt hatte. Die Toten, der Schaden und die immensen Kosten des US-Engagements im Irak und in Afghanistan sowie die damit Tragödien sind ihm und seinen Wählern bewusst.

Entsprechend schmeichelte der US-Präsident bei seiner Arabien-Reise im Mai den autokratischen

Herrschern der Region: Sie wüssten am besten, was gut für ihre Länder sei. Amerika solle fremde Länder in Ruhe lassen. „Die sogenannten ‚nation builders‘ haben viel mehr Nationen zerstört, als sie aufgebaut haben. Und die Interventionisten haben sich in komplexe Gesellschaften eingemischt, die sie nicht verstanden haben.“

Warum also unterstützte Trump Israels Angriffe gegen Irans Militärführung und Atomanlagen? Zum einen mag dies ein Stück Unterstützung für Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sein und vor allem die von diesem geschaffene Chance Irans Atompro-

*Zerstörte Etagen eines
Hochhauses in Teheran
und eine nachträglich
angebrachte Fahne des
Iran.*

*Foto: Imago/Pacific Press
Agency*



gramm zu zerstören. Eine weitere Atommacht – zumal mit den Mullahs in Teheran – will er verhindern. Auch wenn er in seiner ersten Amtszeit aus dem 2015 geschlossenen Atom-Abkommen zwischen dem Iran und den fünf UN-Veto-Mächten sowie Deutschland ausgestiegen war. Dieses verpflichtete Teheran, sein Atomprogramm auf zivile Nutzung zu beschränken und keine Atomwaffen zu bauen. Dies sollte kontrolliert werden, dafür fielen Sanktionen fort.

Dass die EU-Außenminister gerade dabei waren, den Iran zu einer diplomatischen Perspektive zu bewegen, war für Trump kein Grund. Zumal er ohnehin an der Kooperationswilligkeit Teherans zweifelt. Ihm ging es vor allem um die iranischen Atomwaffen –

und eine Demonstration der machtvollen bunkerbrechenden Waffen seiner Air-Force. Das Ziel erreicht hat er jedoch nur teilweise. Von „schweren“, aber nicht „totalen“ Schäden sprach Rafael Mariano Grossi, Chef der Internationalen Atomenergie-Organisation am Wochenende. Ähnlich urteilte die amerikanische Defense Intelligence Agency. Trump hingegen wiederholte seine anfängliche Behauptung, der US-Angriff habe Irans Atomanreicherungsanlagen „ausradiert“.

Israels Regierung aber will mehr – den Regimewechsel in Teheran. Weshalb Netanjahu weiter bombardieren ließ. Nicht nur Zugangsstraßen zu Urananreicherungsanlagen, sondern auch den Staatsrundfunk,



*„Geld für die Nöte der Menschen, statt Krieg mit Iran“
– Antikriegsdemonstration in
Los Angeles/USA.
Foto: Imago/Zuma Press
Wire*



Dass sich die Menschen im Iran nun gegen ihre Führung wenden, ist unwahrscheinlich. Demonstranten in Teheran skandierten antiisraelische und antiamerikanische Slogans.
Foto: Imago/Pacific Press Agency

Unterkünfte der Revolutionsgarden oder den Eingang des berüchtigten Evin-Gefängnisses. Ein symbolischer Akt zur beginnenden Befreiung der darin festgehaltenen politischen Häftlinge? Schon 2024 hatte Netanjahu jenen künftigen Moment beschworen, „in dem der Iran endlich frei ist“. Dieser werde „viel schneller kommen, als die Leute glauben“.

Auf die Frage, warum Israel im Iran eine neue Front eröffnet habe, verweist Hanna Pfeifer vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg auf die internationale Stimmung: Wegen der katastrophalen Lage im Gazastreifen waren zunehmend auch mehr westliche Staaten auf Distanz zu Israel gegangen. „Netanjahu stand auch innenpolitisch unter immensem Druck, weil es in Gaza keinen wirklichen Erfolg im Hinblick auf die offiziellen Kriegsziele gibt“, so Pfeifer im Gespräch mit dem „KNA-Hintergrund“. Auch die für Mitte Juni in Paris und New York geplanten Gespräche zu mehr Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung seien ihm ein Dorn im Auge gewesen.

Mit dem Angriff gegen Teheran, sein Atomprogramm und die militärische sowie wissenschaftliche Führung habe sich die Stimmung im Westen erneut gedreht. Trotz der Verletzung des Völkerrechts. Der Angriff sei eine „grobe Verletzung des Gewaltverbots“, kritisiert Pfeifer. Auch der katholische Moral-

theologe Rupert Scheule bewertet die Angriffe als nicht gerechtfertigte Verteidigungsmaßnahme.

Das sehen etliche Juristen und Ethiker ähnlich. Sie verweisen aber auch auf die jahrzehntelangen Drohungen aus Teheran gegen das „zionistische Gebilde“, wie die Mullahs den Staat Israel nennen. Sowie auf den Verdacht, dass der Iran dem Bau einer Atom-bombe – und damit einem effektiven Druckmittel – näher gekommen sein dürfte.

Dass Teheran sein Atomwaffenprogramm trotz der Angriffe weiter vorantreiben will, gilt als ausgemacht. Zwar sei das Land geschwächt, sagte Max Mutschler, Wissenschaftler am Bonn Information Centre for Conflict Studies, dem „KNA-Hintergrund“. Zunächst werde Teheran leiser treten, aber voraussichtlich nicht klein begeben und sein Atomprogramm vorantreiben.

Dabei ist unklar, wie stabil die Regierung in Teheran ist. Stürzen die verhassten, weil repressiven Mullahs und übernimmt das Militär? Thomas Friedman, Kolumnist der „New York Times“, mahnt zur Nüchternheit: „Im Mittleren Osten ist das Gegenteil von Autokratie nicht unbedingt die Demokratie. Es kann auch dauernde Unordnung sein. So gern ich diese Regierung stürzen sähe: Passen Sie auf, wenn die Säulen fallen!“

Irans Opposition geht Burgfrieden mit Regierung ein

Andererseits erhöht äußerer Druck den Zusammenhalt. „Dass ein politisches System durch einen äußeren Angriff gestürzt wird, dem eine Revolution folgt, ist historisch eine große Ausnahme“, so Konfliktforscher Tareq Sydiq. Die Opposition im Land werde wohl erst einmal eine Art Burgfrieden eingehen. „Menschen, die ums Überleben kämpfen, sind kaum effektive Revolutionäre“, so Tareq. Auch Israels ehemaliger Parlamentspräsident Avraham Burg warnte, die Iraner würden sich jetzt erst mal um ihre Führung scharen.

Der westliche Stimmungswechsel – von zuletzt zunehmender Kritik an der Regierung Netanjahu hin zur Unterstützung für den Schlag gegen Teheran – wirft indes weitere Fragen auf: Westliche Kritik am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine werde nun schwieriger, merkt etwa Pfeifer an. Wobei sie wie die meisten Beobachter die Unterschiede zwischen Russlands Krieg in der Ukraine und dem israelischen Angriff auf Iran sieht und ebenfalls benennt.

Dass in beiden Fällen Völkerrecht verletzt worden sei, müsse klar gesagt werden, fordert sie. Und versteht nicht, welche Strategie Bundeskanzler Friedrich Merz verfolge, wenn er die Angriffe gutheiße. Zumindest solle Deutschland seine eigenen Interessen – andere die „Drecksarbeit“ machen lassen, wie Merz formulierte – ehrlich benennen und diese kritisch reflektieren, mahnt Mutschler.

Neben Deutschlands speziellem Verhältnis zu Israel sieht Mutschler in den Berliner Reaktionen auch eine Folge von Trumps Politik, Alliierte unter Druck zu setzen. Dadurch würden langfristige Beziehungen durch kurzfristige taktische Verbündete ersetzt. Auch die während Trumps erster Regierungszeit geschlossenen Abraham-Accords zwischen Israel und den Emiraten gerieten nun unter Druck, warnt Mutschler.

Kori Schake, Direktorin für außen- und verteidigungspolitische Studien am American Enterprise Institute, benennt dazu die Lage im Gazastreifen als wichtigen Schlüssel. Zwar sei jede arabische Regierung gegen eine Atommacht Iran, „so dass Israels Angriffe auf den Iran Unterstützung finden, auch wenn die Regierungen sie ablehnen“, sagte sie der „New York Times“. Israels Politik im Gazastreifen aber mache jede weitere Annäherung, gar einen saudischen Beitritt zu den Abraham-Accords, unwahrscheinlich.

Ob Israels Vorgehen dort nun als Genozid zu betiteln sei, ist umstritten. Viele jedoch sprechen von Kriegsverbrechen. Selbst Israels ehemaliger Minis-



*Im Al-Shifa-Hospital in Gaza trauern Angehörige um ihre Toten nach einem israelischen Luftangriff am 30. Juni auf ein Café.
Foto: Imago/APAimages*



*Israelis in einer zum Luftschutzraum umfunktionierten Tiefgarage in Tel Aviv während eines iranischen Raketenangriffs.
Foto: Andrea Krogmann/KNA*

terpräsident Ehud Olmert äußerte sich wiederholt in diesem Sinne. „Was wir jetzt in Gaza tun, ist ein Krieg der Verwüstung: wahlloses, grenzenloses, grausames und kriminelles Töten von Zivilisten“, schrieb er Ende Mai in „Haaretz“. „Ja, Israel begeht Kriegsverbrechen.“

Die Stimmung im Land dazu ist gespalten wie in vielen Fragen. Linke Regierungskritiker äußern sich ähnlich, der Mainstream schweigt oder äußert sich verhalten, während rechte Extremisten alle Palästinenser vertreiben und ihre Gebiete platt machen wollen. Kori Schake erwartet eine längere Besetzung des Gazastreifens, die „weder für die Palästinenser noch für die Israelis Sicherheit bringen wird“. Noch sehe sie keine Länder, die bereit wären, eine für Israel und die Palästinenser akzeptable Unterstützung anzubieten.

„Deutschland hat seinen Kredit in der Region verspielt“

Deutschland, so erlebt es Pfeifer, habe seinen Kredit verspielt, den es etwa wegen seiner Nicht-Beteiligung am Irak-Krieg und der Aufnahme syrischer Flüchtlinge, aber auch mangels Kolonialgeschichte, in der Region hatte. Grund seien die Waffenlieferungen an Israel und dessen politisch-diplomatische Deckung. Der Regensburger Moralthologe Rupert Scheule sagte im KNA-Interview: „Was in den vergangenen Monaten im Gazastreifen passiert ist, ist weder verhältnismäßig noch verspricht es am Ende einen stabilen Frieden. Kein Sieg ist von Dauer, wenn man Unterlegene derart demütigt.“

Das global um sich greifende Recht des Stärkeren – ob militärisch oder wirtschaftlich – ist laut dem Gros der Experten nur schwer wieder einzugrenzen. Normativ ließen sich die derzeitigen „Haudraufs“ nicht überzeugen. Um es dennoch zu versuchen, nennen Experten einzelne Ansatzpunkte:

1. Begangene Verletzungen des Völkerrechts immer wieder klar benennen.

2. Dies müssten Deutschland und die EU vor allem in Allianz mit Ländern des Südens machen. „Gerade weil die Länder dort schwächer sind, setzen sie aufs Völkerrecht“, so Pfeifer.

3. Nicht-militärische Maßnahmen ergreifen, um Druck auszuüben: mit Sanktionen belegen, Waffenlieferungen aussetzen, multilaterale Institutionen wie den Internationalen Strafgerichtshof unterstützen und stärken.

4. Projekte der Entwicklungszusammenarbeit weiterführen, auch um Partner zur Stärkung des Völkerrechts und multilateraler Institutionen zu gewinnen oder zu halten.

Unabhängig von politisch-strategischen Erwägungen geht es schließlich um ethische Erwägungen, um Menschenrechte und Menschenwürde. Wie auch immer man es nennen mag, die neue Welt-Zeit hat viel von moralischer, solidarischer und kooperativer Rede eingebüßt. Die gab Politik und Diplomatie zumindest den Anflug menschlicher Gefühle und höherer Prinzipien. Die wiederum vielen Bürgern wie Regierenden Motivation und Leitmotiv ihres Handelns waren.

Dennoch beinhaltet das alte System Täuschungen, hatte blinde Flecken und war oft inkonsequent. Der Irak-Krieg 2003, das westliche Engagement in Afghanistan oder die Kooperation mit Despoten, wenn es um die Rücknahme von Migranten oder Rohstoffe ging, sind Beispiele.

Die neue Weltsicht hingegen ist in manchem ehrlicher und direkter. Umgekehrt kann sie „selbst katastrophal zerstörerische Kampagnen mit so etwas wie amoralischer Gleichgültigkeit betrachten. Die so genannte ‚Wiederkehr der Geschichte‘ hat auch eine rückfällige Akzeptanz der Schrecken des Krieges mit sich gebracht“, mahnt der US-Kolumnist David Wallace-Wells. Moralthologe Scheule warnt: „Ob Kriege erfolgreich waren, entscheidet sich immer erst im Frieden danach.“ Dafür aber, so die einhellige Einschätzung, hat derzeit keiner einen Plan.



Pflegekräfte – nahezu überall gebraucht, gesucht und begrüßt. Aber wie können sie ihre Interessen besser vertreten? Pflegekammern müssten effektiver sein, sagen Kritiker.

Foto: Julia Steinbrecht/KNA

Nur Bürokratie oder echte Unterstützung?

Pflegefachkräfte in Rheinland-Pfalz hinterfragen den Nutzen ihrer Pflegekammer. Deren Präsident verweist auf Chancen – etwa, wenn Beschäftigte Unterstützung brauchen. Doch die Gebühren sorgen für Ärger.

Von Matthias Jöran Berntsen

Mainz/Kassel (KNA) Die Zukunft der Pflege ist eine der wohl größten sozialpolitischen Herausforderungen in Deutschland. Während die Bevölkerung immer älter wird, fehlen vielerorts Fachkräfte in der Pflege. Kammern auf Länderebene sollten nicht nur das Ansehen dieses wichtigen Berufs vermehren, sondern auch mehr Menschen für diese Tätigkeit

gewinnen helfen. Allerdings gibt es solche Gremien bisher nur in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Zuletzt scheiterte dazu ein Anlauf in Baden-Württemberg 2024 – andernorts wurden vor Jahren entsprechende Kammern wieder aufgelöst.

In Rheinland-Pfalz könnte Anfang 2026 das zehnjährige Bestehen begangen werden – doch nicht alle wollen mitfeiern. In Koblenz wird am Wochenende

wieder gegen die Pflegekammer demonstriert, wie zuvor bereits in Trier. „Ich war 2016 für die Pflegekammer, habe auch dafür unterschrieben, muss aber nach neun Jahren sagen: Die Pflegekammer hat für die Pflegefachkräfte in Rheinland-Pfalz nichts bewirkt“, kritisierte der Sprecher des Pflegebündnisses Trier, Michael Pauken. Es gebe keine Verbesserung sagte er der KNA und verwies auf Petitionen und Demonstrationen gegen die Kammer. Kritiker fragten sich, warum man in Rheinland-Pfalz für die Mitgliedschaft in der Kammer bezahlen müsse, woanders aber nicht.

Der 52-Jährige ist Krankenpfleger und leitet eine Senioreneinrichtung in der Region Trier. Für ihn sei die Kammer zu einem Standortnachteil geworden, sagt er. Unter anderem, weil nicht alle Pflegefachkräfte die Gebühren entrichten müssen. Die Kammer bestätigt das. Nicht alle Arbeitgeber etwa erfragten, ob Beschäftigte sich bei der Kammer angemeldet haben. Demnach gebe es aktuell knapp 40.000 Mitglieder, die im Durchschnitt 11,80 Euro pro Monat entrichteten – entsprechend einer Selbstauskunft zu ihrem Einkommen.

Mitglieder sollen um Verbesserungsvorschläge gebeten werden

In einer Befragung sollen Kammer-Mitglieder demnächst um Verbesserungsvorschläge gebeten werden, teilte Kammerpräsident Markus Mai Mitte Juni mit. „Die Abschaffung der Pflegekammer wäre ein Schaden für alle“, betonte er. Zwar finden in Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2026 turnusmäßig die nächsten Landtagswahlen statt, doch gehe er nicht davon aus, dass die einst unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) installierte Einrichtung gefährdet sei.

So äußert sich denn auch Landesgesundheitsminister Clemens Hoch (SPD) wohlwollend. Mit der Landespflegekammer verfüge die Pflege über eine eigene Stimme. „Sie kann sich als eigenständiger Berufsstand auf Augenhöhe mit anderen Heilberufekammern – etwa der Ärztekammer, Zahnärzte-

kammer, Apothekerkammer und Psychotherapeutenkammer – positionieren, in Selbstverwaltung organisieren und ihre Interessen wirksam vertreten“, sagte er auf Anfrage des „KNA-Hintergrund“. Die „herausragende Bedeutung“ der Pflegekräfte als größter Berufsgruppe im Gesundheitswesen müsse im gesellschaftlichen Bewusstsein besser verankert werden.

Mehr Behörde als Interessenvertretung?

Zudem verweist Mai darauf, dass die Kammer für Beschäftigte und Menschen in schwierigen Situationen in die Bresche springe. Der gelernte Krankenpfleger hat selbst viele Jahre im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in der Pflegedirektion gearbeitet. Dafür trete die Kammer auch an verantwortliche Träger heran. Als bundesweit erste Pflegekammer übernehme man in Rheinland-Pfalz zudem zentrale Aufgaben der beruflichen Selbstverwaltung, etwa in Fort- und Weiterbildung. Damit solle die Qualität der Versorgung sichergestellt werden.

Dennoch gibt es auch auf Bundesebene Kritiker. „Verkauft wurden und werden die Pflegekammern als Stärkung, als Interessenvertretung der Pflege. Tatsächlich sind sie Behörden; eine Interessenvertretung ist nur sehr eingeschränkt möglich“, klagte der Geschäftsführer des Bundesverbandes für freie Kammern, Kai Boeddinghaus in Kassel. Eine Sonderabgabe der Pflegekräfte zur Finanzierung einer – wie immer gearteten – Förderung der Pflege wäre laut ihm nie durchsetzbar gewesen, nun werde diese als Mitgliedsbeitrag bezeichnet.

„Es ist und bleibt ein Griff in die Taschen derjenigen, die im System die wirtschaftlich Schwächsten sind,“ monierte der Verbandsvertreter. Er spricht von Scheitern und verweist auf eine Unterlassungserklärung der Kammer. Die diese auch einräumt. So habe sich die Pflegekammer vor dem Verwaltungsgericht Mainz außergerichtlich verpflichtet, bestimmte öffentliche Äußerungen künftig zu unterlassen.

„Gleichzeitig gab es in anderen Fällen auch gerichtliche Entscheidungen, die Äußerungen der Kammer oder ihres Präsidenten im Rahmen des gesetzlichen Auftrages bestätigt haben“, heißt es auf KNA-Anfrage. Viele Erfolge seien erreicht worden, etwa die Entwicklung beruflicher Standards, der Aufbau einer Weiterbildungs- und Fortbildungsordnung für den Pflegeberuf sowie die Mitgestaltung einer besseren pflegerischen Versorgung in mehr als 80 Fachgremien.

Mit einer berufsbezogenen Fachsprachprüfung fördere sie zugewanderte Pflegekräfte und bringe Anliegen der Berufsgruppe „gebündelt in die politische Entscheidungsprozesse ein“. Kammerchef Mai betonte im Juni, dass die Pflege durch die Kammer einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert erfahren könne. Zusammen mit den Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen repräsentiere sie mehr als 250.000

Pflegefachkräfte – mehr als jede Gewerkschaft. Damit sei politisches Gehör sicher.

„Phantomverein Bundespflegekammer“

Boeddinghaus ist davon nicht überzeugt. Die Kammer schmücke sich mit Erfolgen, mit denen sie nichts zu tun habe. Sie behaupte einfach, dass die Pflege aufgrund der Existenz der Pflegekammer in dem Bundesland besser dastehe als anderswo. Präsident Mai, der sich auch im Deutschen Pflegerat einbringt, wirbt indes dafür, dass andere Bundesländer dem Beispiel folgen und Kammern einrichten. Entsprechenden Austausch dazu gab es zuletzt mit Sachsen, Brandenburg und Thüringen – momentan sei es allerdings ruhig.

Als eher ruhig lässt sich auch die Bundespflegekammer beschreiben. Die jüngste Stellungnahme auf ihrer Internetseite stammt aus dem vergangenen Jahr, die letzte abrufbare Pressemitteilung ist aus dem Jahr 2022. Von einem „Phantomverein Bundespflegekammer“ spricht Boeddinghaus. Das Thema mangelnder Wahrnehmbarkeit bewegt auch Michael Pauken. „Vor neun Jahren hatte man die Hoffnung, dass andere Bundesländer auch eine Kammer gründen, dem ist aber nicht so. Diese wurden erst gar nicht errichtet oder mittlerweile wieder abgeschafft“, sagt der Kritiker.

„Es gibt nur noch eine in NRW, die aber keine Gebühren verlangt.“ Wer in Rheinland-Pfalz in dem Beruf arbeiten wolle, müsse „Zwangsgebühren“ bezahlen. Zuletzt habe eine Gebührenanpassung das Fass zum Überlaufen gebracht. Das empfinden offenbar auch andere so, wie die Facebookgruppe „Stopp der Pflegekammer RLP“ zeigt. Sie hat Anfang Juli fast 2.000 Mitglieder. Auch die „Rhein-Zeitung“ in Koblenz, wo am 5. Juli gegen die Kammer protestiert wird, druckte zuletzt fast eine ganze Seite mit kritischen Leserbriefen. „Unnötig wie ein Kropf“ und „Kammer vertritt nur sich selbst“ lauteten zwei Überschriften.



Foto: Julia Steinbrecht/KNA



World Conference Center in Bonn mit dem Climate Tower im Hintergrund

Foto: Imago/Bonn.digital

Zähes Klima im Bonner Treibhaus

Trotz immer neuer Hitzewellen hat der Klimaschutz in diesen Tagen bei den reichen Industrienationen keinen guten Stand. Das zeigte sich auch während der jüngsten Verhandlungen in Bonn.

Von Joachim Heinz

Bonn (KNA) Die Veranstaltung hat inzwischen eine Tradition. Jeden Sommer versammeln sich mehrere tausend Delegierte in Bonn, um die jährlichen Weltklimakonferenzen vorzubereiten. Im November kommt die Staatengemeinschaft zur nächsten Conference of the Parties, kurz COP, im brasilianischen Belém zusammen. Zentrale

Frage ist wieder einmal, wie sich die Vereinbarungen aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015 weiter umsetzen lassen. Dafür sollte vom 16. bis 26. Juni in Bonn die Grundlage gelegt werden.

Teilnehmer und Beobachter wissen: Konkrete Beschlüsse sind bei dem Austausch in Bonn – dort hat das Klimaschutzsekretariat UNFCCC seinen Sitz – eher nicht

zu erwarten. Sie werden bestenfalls vorbereitet. Unabhängig davon aber dienen die Treffen am Rhein als Gradmesser für das, was in den kommenden Monaten in Sachen Umwelt- und Klimaschutz zu erwarten ist.

Bereits zur Halbzeit zogen Anika Schroeder und Madeleine-Alisa Wörner von der Entwicklungsorganisation Misereor ein eher

negatives Zwischenfazit. So habe man beim Treffen zwei Tage lang um die Tagesordnung gestritten. Fragen der Finanzierung blockierten die Verhandlungen. Zugleich wachse die Ungeduld unter jenen Staaten, die bereits jetzt unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Das sind vor allem die ärmeren Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie viele Inselstaaten, „weil die Industrieländer weder bei Klimaschutz noch bei der Klimafinanzierung liefern“.

Wieder einmal eine ernüchternde Bilanz

Dicke Luft in Bonn. Am Ende des Treffens sah es nicht viel besser aus. „Zehn Jahre nach Abschluss des Pariser Klimaabkommens und wenige Monate vor dem Start der wichtigen Klimakonferenz in Brasilien sind die Delegierten bei zentralen Problemen kaum weitergekommen“, urteilten die Umweltschützer von Greenpeace. Eine gemeinsame Vision für eine erfolgreiche Klimakonferenz in Brasilien sei bisher nicht in Sicht, hieß es bei Germanwatch.

Bis zum Treffen in Brasilien müssen die Staaten neue nationale Klimaziele vorlegen. Das soll dazu beitragen, die Erderwärmung doch noch auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. „Die Ambitionslücke – also die Kluft zwischen den bisher vorgestellten Klimaschutzmaßnahmen der Staaten und dem, was nötig wäre, um das 1,5-Grad-Limit ein-

zuhalten – steht derzeit nicht oben auf der Agenda der Präsidentschaft“, so Germanwatch. „Dabei sind die Zahlen alarmierend: Eine aktuelle Studie zeigt, dass das verbleibende CO2-Budget zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze in weniger als drei Jahren aufgebraucht sein wird.“

Ein weiteres Problem: Angesichts von immer neuen Kriegen und Krisen treten die großen Industrienationen auf die Bremse, was die Finanzierung von Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel betrifft. Gleichzeitig fließt nach dem Urteil von Anika Schroeder und Madeleine-Alisa Wörner zu viel Aufmerksamkeit in den internationalen Emissionshandel, der sehr betrugsanfällig sei und zu Landrechtskonflikten in den Entwicklungsländern führen könne.

Der lange Arm von US-Präsident Trump

In Bonn zeigte sich aber auch, welche Rolle die USA spielen – die unter Präsident Donald Trump das Pariser Klimaabkommen wieder verlassen haben und sich immer weiter aus der internationalen Zusammenarbeit zurückziehen. Schon jetzt leidet das Klimaschutzsekretariat unter Mittelkürzungen.

Um Ähnliches zu verhindern, haben nach der Beobachtung der beiden Misereor-Expertinnen andere UN-Institutionen ihr Engage-

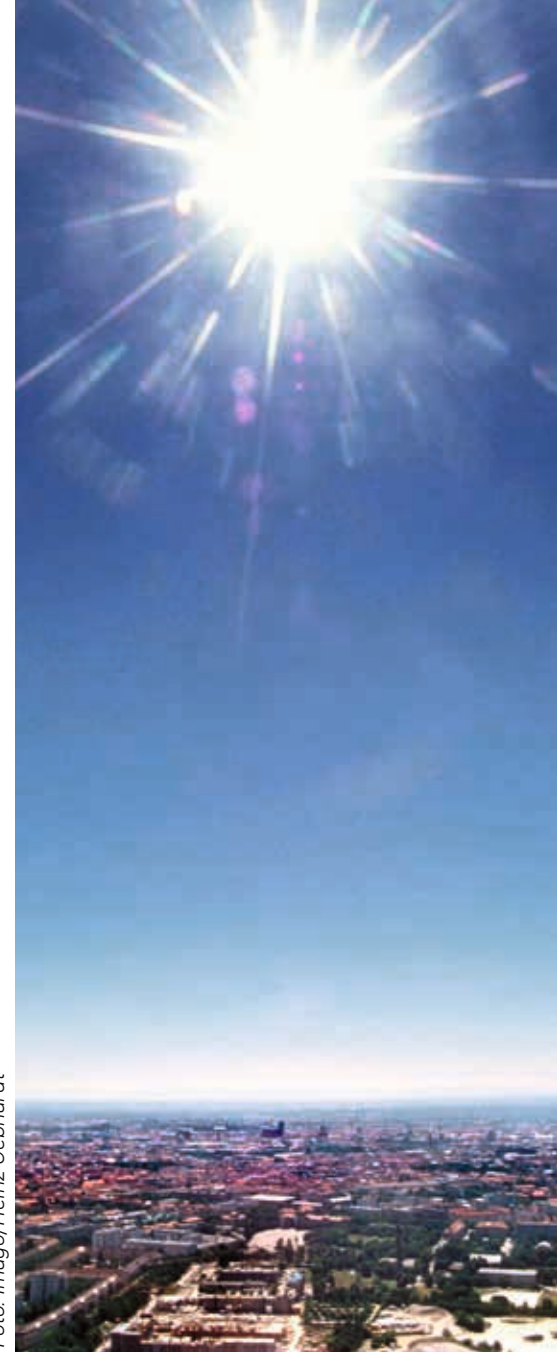


Foto: Imago/Heinz Gebhardt

ment beim Klimaschutz merklich reduziert. So habe die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO erstmals keine Delegierten nach Bonn entsandt. „Es ist schon krass, wie weit der Arm Trumps reicht.“

Wer den Klima-Karren aus dem Dreck ziehen kann? Schwer zu sagen. Als katholisches Hilfswerk setzt Misereor Hoffnungen auf einen speziellen Player: Dem Vernehmen nach plant Papst Leo XIV., womöglich im November nach Brasilien zu reisen. Allerdings ließ er zuletzt eine Teilnahme offen.

Neuer Papst – andere Justiz?

Am Montag beriet das vatikanische Strafgericht in zweiter Instanz über die Berufungsklage des früheren Generalrevisors Libero Milone gegen seine aufsehenerregende Entlassung im Sommer 2017. Die Richter wollen in Kürze ihre Entscheidung zum weiteren Vorgehen bekannt geben. Dafür könnte vor allem das Verhalten des neuen Papstes eine Rolle spielen.

Von Roland Juchem

Vatikanstadt (KNA) Der Fall Libero Milone ist weniger bekannt als der bahnbrechende Strafprozess zum Finanzskandal im vatikanischen Staatssekretariat. Der führte im November 2023 zur erstinstanzlichen Verurteilung mehrerer ehemaliger Vatikanbeamter und -berater, darunter Kardinal Angelo Becciu. Der Fall Milone gehört aber ebenfalls zu den Skandalen um die Finanzreformen in den ersten Jahren des Franziskus-Pontifikats.

Der heute 76-jährige Finanzexperte Libero Milone war 2015 von Franziskus auf die neu geschaffene und mit weitreichenden Untersuchungskompetenzen ausgestattete Stelle des Generalrevisors berufen worden. Der langjährige Mitarbeiter des internationalen Wirtschaftsprüfungunternehmens Deloitte sollte mit eisernem Besen das Wirtschafts-

und Finanzwesen des Heiligen Stuhls säubern. Durch Korruption, Unterschlagung und Fehlinvestitionen war dessen Ruf arg ramponiert.

Milone sollte das ändern und möglichst auch die Schuldigen

ausfindig machen. Doch dann – im September 2017 – wurde er spektakulär entlassen. Die Rechnungs-

prüfer behaupteten, sie seien zum Rücktritt gezwungen worden und zuvor auf Geheiß Beccius stundenlang festgehalten und von Vatikan-Gendarmen verhört worden. Der damalige Chef der Gendarmerie, Domenico Giani, habe sie gezwungen, eine Kündigung zu unterschreiben.

Becciu selbst erklärte damals, er habe sie zum Rücktritt gezwungen, weil sie ihre Kompetenzen überschritten und die Privatfinanzen hoher Vatikanbeamter, darunter auch seine eigenen, „ausspioniert“ hätten. Demgegenüber behauptete Milone, er sei gefeuert worden, weil er systematische Korruption auf höchsten Kurien-Ebenen aufgedeckt habe. Zudem seien sein Büro und sein Computer monatelang überwacht worden.

Nach Anläufen zu einer außergerichtlichen Einigung reichten



Milone und sein inzwischen gestorbener ehemaliger Stellvertreter Ferruccio Panicco 2022 Klage ein. Wegen unrechtmäßiger Kündigung, Verdienstausschlag und Rufschädigung verlangten die Männer neun Millionen Euro Schadenersatz.

Diese Klage war im Januar 2024 vom Vatikan-Gericht zunächst abgewiesen worden. Die Amtsenthebung 2017 sei ein „päpstlicher Akt“ gewesen, der vor Gericht nicht angefochten werden kann. Die Richter akzeptierten jedoch, dass Milone und Panicco möglicherweise zu Unrecht aus dem Amt gedrängt wurden. Panicco starb 2023 im Alter von 63 Jahren an Krebs. Milone hingegen legte Berufung ein.

„Unanständige Beweise“ sind nicht zugelassen

Zuvor hatten er und Panicco mehrere hundert Seiten Dokumente eingereicht, um ihre Korruptionsvorwürfe zu beweisen. Anfang dieses Jahres jedoch entschied das Berufungsgericht, der Prozess könne nur weiter verfolgt werden, wenn Milones Anwälte Beweise ausschließen, die die Richter als „unmoralisch und unanständig“ betrachten. Dazu zählten diese auch Beweise für mutmaßliches finanzielles Fehlverhalten, das dem „guten Ruf“ hochrangiger Vatikanbeamter schaden könnte.

Bei einer Anhörung am Montag legten beide Seiten noch einmal



*Im November 2022 stellte Libero Milone seinen Fall der internationalen Presse in Rom vor.
Foto: Imago/Zuma Press Wire*

ihre Positionen dar: Milones Team argumentierte, ohne Vorlage der eigenen reichhaltigen Dokumentation könne man sein Anliegen nicht belegen. Das Staatssekretariat behauptete, es sei nicht betroffen. Der Richter, so sagte Milone dem „KNA-Hintergrund“, habe sich bedankt und kündigte an, die Parteien „zu gegebener Zeit zu informieren“. Ob es dann ein Urteil gibt oder nur eine Entscheidung zum weiteren Vorgehen, ist offen.

Ein Knackpunkt nun ist die Frage: Zwar hat Papst Franziskus Milone ernannt – aber ordnete er auch dessen Entlassung an? Falls ja, wäre diese ein päpstlicher Akt und damit laut Kirchenrecht unanfechtbar. So argumentierte das Staatssekretariat. Ging aber – wie Milones Anwälte sagen – die Entlassung von Becciu als Substitut des Staatssekretariats aus, wäre sie gerichtlich anfechtbar. Bec-

ciu habe damals Milone wissen lassen, „dass er nicht mehr das Vertrauen des Papstes habe, ihn aber in den letzten sechs Monaten praktisch daran hinderte, direkt mit dem Papst zu sprechen, während er zuvor gewohnt war, den Papst jede Woche zu treffen“.

Hatte der Papst sich eingemischt oder nicht?

Wer muss nun beweisen, dass der inzwischen gestorbene Papst sich damals wie in den Fall eingemischt hat? Schon während des Finanzprozesses zum Staatssekretariat war mehrfach die Frage aufgetaucht, ob Franziskus als Zeuge geladen werden könne. Nun also weiter mit seinem Nachfolger Leo XIV., der als oberste Justizinstanz der Vatikanstadt zu jedem Zeitpunkt formell oder informell in den Prozess eingreifen könnte.

Dazu legte das Portal „The Pillar“ vergangene Woche einige Überlegungen dar.

Im Extremfall zieht er den Fall an sich und entscheidet – ein harter Schritt des neuen Papstes, wenn auch nicht ganz ohne mögliche Vorteile. So könnte er den wichtigen und immer wiederkehrenden Streitpunkt zwischen den Prozessparteien ausräumen – die Beteiligung von Franziskus an der Entlassung Milones.

Große Transparenz und etliche Mini-Skandale?

In behutsamerer Manier könnte Leo dem Gericht zu verstehen geben, es solle alle verfügbaren Beweise prüfen, einschließlich jener, die dem „öffentlichen Interesse“ schaden könnten, indem sie finanzielle Korruption auf höchster Ebene offenlegen. Dies wäre eine bemerkenswerte An-

sage zugunsten von Transparenz, würde aber wohl ein halbes Dutzend Mini-Skandale um einzelne hochrangige Kuriale auslösen, die nachweislich in korrupte Finanzpraktiken verwickelt waren. Dies könnte eine Büchse der Pandora von gerichtlichen und medialen Nebeneffekten der Finanzskandal-Seifenoper öffnen.

Eine weniger dramatische Möglichkeit für Leo, sich in den Fall Milone einzumischen, wäre es, sein eigenes Staatssekretariat anzuweisen, seine Argumente so zu ändern, dass Milones Berufung zu einer Lösung führen könnte. So könnte das Sekretariat das Argument fallen lassen, dass die Entlassung des Rechnungsprüfers notwendigerweise ein päpstlicher Akt war.

In den Argumentationen des Staatssekretariats wäre ohnehin eine Bereinigung wünschenswert, haben doch dessen Vertreter im

Fall Milone mitunter ganz anders argumentiert als im Fall Becciu und dem großen Finanzstrafprozess.

Beste Lösung: außergerichtlicher Vergleich

Durch die Anordnung eines Argumentationswechsels, so kommentiert „Pillar“-Autor Ed Condon, könnte Leo XIV. versuchen, den Ruf von Franziskus zu schützen und das päpstliche Amt vom gesamten juristischen Prozess fernzuhalten, während er gleichzeitig das Staatssekretariat, einschließlich dessen langjährigen Chef, Kardinal Pietro Parolin, dafür verantwortlich macht. Das würde ihn in seiner wichtigsten Behörde vermutlich unpopulär machen. Aber es ist davon auszugehen, dass Milones Klage – wie schon die Finanzverluste in London – größtenteils das Ergebnis kurialen Missmanagements sind.

Die wohl beste Entscheidung wäre es aber wohl, den gesamten Prozess durch einen außergerichtlichen Vergleich mit Milone und Pannicos Familie zu beenden. Dies, so Milone, habe er jahrelang versucht, bevor er Klage einreichte. Und angeblich soll er dazu immer noch bereit sein. Bleibt die Frage, welche Entschädigung Leo zu zahlen bereit wäre – angesichts der dramatischen Finanzlage des Vatikans. Andererseits geht es der Kirche ja auch immer um ihren guten Ruf – in diesem Fall um den ihrer Justiz.



Verhandlung im Gerichtssaal des Vatikans 2018

Foto: OR/RS/KNA

Zeynep Akata, Informatikerin, wird mit dem „ZukunftsWissen“-Preis ausgezeichnet. Akata forscht auf dem Gebiet der erklärbaren KI. Um etwa bei medizinischen Bildern zu verstehen, warum die KI eine Abweichung als bestimmte Krankheit diagnostiziert, sei es hilfreich, wenn die KI ihre Entscheidung erkläre, so die Wissenschaftsakademie Leopoldina und die Commerzbank-Stiftung.



Foto: Bistum Speyer

Christoph Baumann (42) ist neuer Finanzdirektor des Bistums Speyer. Als Leiter der Abteilung „Bischöfliche Finanzkammer“ verantwortet Baumann damit die Finanzen des Bistums wie auch der Kirchengemeinden. Sein Vorgänger **Jörg Lang**, der seit 2018 amtierte, wurde zum 30. Juni in den Ruhestand verabschiedet.



Foto: King's College

Christian Nikolaus Braun wird zum 1. Oktober neuer Leiter des katholischen Instituts für Theo-

logie und Frieden in Hamburg. Derzeit arbeitet Braun noch am Defence Studies Department des King's College London. Er folgt auf **Heinz-Gerhard Justenhoven**, der Ende 2023 in Ruhestand ging.



Mariano Campetella/KNA

Kardinal **Luis Pascual Dri**, argentinischer Kapuzinermönch und bekannt als Beichtvater von Papst Franziskus, ist am 30. Juni im Alter von 98 Jahren in Buenos Aires gestorben. Papst Franziskus (2013–2025) hatte Dri, den er aus seiner Zeit als Erzbischof von Buenos Aires kannte, 2023 in den Kardinalsstand erhoben. Nach 38 Jahren als Lehrer und Seelsorger in Uruguay war Dri im Jahr 2000 nach Argentinien zurückgekehrt und wirkte seither unter anderem als Beichtvater im Marienheiligtum Nuestra Señora De Pompeya.

Andreas Franck (53), Münchner Oberstaatsanwalt und seit 2021 Zentraler Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Justiz, hat den ersten Fritz-Neuland-Gedächtnispreis erhalten. Ebenfalls ausgezeichnet wurde eine Arbeitsgemeinschaft des Polizeipräsidiums Unterfranken, die Prävention gegen Extremismus betreibt. Der Namensgeber des Preises ist der Vater von Charlot-

te Knobloch, der früheren Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und langjährigen Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München.

Daniel Elias Garcia (64), Bischof von Monterey/USA, ist von Papst Leo XIV. zum neuen Bischof von Austin in Texas ernannt worden. Garcia stammt aus Texas, war dort an mehreren Stellen in der Seelsorge tätig, bevor 2018 zum Bischof von Monterey in Kalifornien ernannt wurde.



Foto: Julia Steinbrecht/KNA

Michael Gerber (55), Bischof von Fulda und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, ist an Krebs erkrankt. Das Bistum bittet um Gebete und Verständnis für seinen Rückzug auf Zeit. Gerber wird nach Angaben des Bistums operiert und unterzieht sich dann einer Chemotherapie.



Foto: SBK

Maurice Greder wird neuer Leiter des Kommunikationsdienstes

der Schweizer Bischofskonferenz (SBK). Der gebürtige Freiburger wird sein Amt am 1. September antreten. Greder folgt auf **Julia Moreno**. Die Walliserin mit andalusischen Wurzeln hatte die Leitung des Kommunikationsdienstes der SBK 2022 übernommen. Ihr Rücktritt Anfang Dezember 2024 kam überraschend. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Unstimmigkeiten rund um das Amt des Kommunikationschefs der Schweizer Kirche.



Foto: Wim Hebbrecht

Lode Van Hecke (75), Bischof der belgischen Diözese Gent, geht in den Ruhestand. Papst Leo XIV. nahm das altersbedingte Rücktrittsgesuch an. Van Hecke war der erste Trappistenmönch in der belgischen Kirchengeschichte, der zum Bischof ernannt wurde. Er leitete das Bistum Gent seit Anfang 2020.

Metropolit **Jeremias Kaligiorgis**, Metropolit der Schweiz und Exarch von Europa des ökumenischen Patriarchats, ist am 20. Juni im Alter von 90 Jahren gestorben. Von 1992 bis 1997 war er Vizepräsident der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und von 1997 bis 2002 deren Präsident.

Leona Jones, walisische Klangkünstlerin, hat den Karl-Sczuka-Preis für Hörspiel als Radiokunst gewonnen. Sie erhält die mit 12.500 Euro dotierte Auszeichnung für ihr Hörstück „apeiron“ (altgriechisch für: unbegrenzt, undurchdringlich, unerfahren). Den Sczuka-Förderpreis gewann der Künstler **Jorn Ebner** für seine akustische Collage „Polyphonie an der Peripherie“.



Foto: Universität Luzern

Alexandra Kaiser-Duliba, Theologin, erhält in diesem Jahr den „Kardinal-Wetter-Preis der Katholischen Akademie in Bayern“. Die mit 1.500 Euro dotierte Auszeichnung für „Junge Theologie“ wird ihr für ihre herausragende Doktorarbeit an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) zugesprochen. Sie trägt den Titel „Personalisiert - Entpersonalisiert. Ethische Beurteilung des Einsatzes von Robotik und Künstlicher Intelligenz in der Pflege anhand des Personkonzepts von Paul Ricœur“.

Elias Krischke (29), Schauspieler, Sänger und Schlagzeuger, hat den Preis des Vereins zur Förderung der Münchner Kammerspiele erhalten. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert. In seiner Laudatio lobte Ensemblemitglied

Edmund Telgenkämper Krischke als multitalentierten Kollegen, „der in Frage stellt, neue Räume entdeckt und dessen Arbeit als Schauspieler geprägt ist von Mut, Spaß und vollem Risiko, Neugier und Leidenschaft“.



Foto: Superbass / CC BY-SA 4.0

Maren Kroymann (75), Schauspielerin und Kabarettistin, erhält in diesem Jahr den Sonderpreis der Jury des Robert Geisendörfer Preises 2025. Die Jury unter dem neuen Vorsitz von Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst würdigt mit der Auszeichnung das jahrzehntelange künstlerische Wirken der Schauspielerin, Kabarettistin und Sängerin. Diese sei „eine außergewöhnliche Frau, die mit Mut, Scharfsinn und Humor Maßstäbe in der deutschen Medienlandschaft gesetzt hat“, so die Jury.



Foto: Alexander Tempel

Matthias Politycki (70), Schriftsteller, ist neuer Präsident von PEN Deutschland. Die Mitgliederversammlung der Autorenver-

einigung wählte ihn mit überwältigender Mehrheit. Die Abkürzung PEN steht für Poets, Essayists, Novelists. Weltweit gibt es mehr als 150 Schriftstellervereinigungen sowie den PEN International als Dachorganisation.

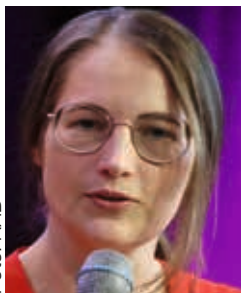


Foto: KAB

Sarah Prenger, zuvor kommissarische Leiterin der Arbeitsstelle für Frauenseelsorge bei der Deutschen Bischofskonferenz, ist zur neuen hauptamtlichen Bundesvorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) gewählt worden. Sie folgt bei der KAB auf **Andreas Luttmer-Bensmann**, der das Amt die vergangenen zehn Jahren inne hatte.



Foto: RedeSeculo21

Marcin Przeciszewski (66), Chefredakteur und Geschäftsführer von Polens katholische Nachrichtenagentur KAI, ist von beiden Ämtern zurückgetreten. Er begründete dies mit dem Vorhaben der polnischen Bischöfe, „die Katolickiej Agencji Informacyjnej

(Katholische Informationsagentur, KAI) trotz der formalen Beibehaltung ihres Namens und Logos faktisch zu liquidieren“.

Sophie Sommer von der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat für eine Reportage über Kinderprostitution in Dortmund den ersten Preis beim Wächterpreis der Tagespresse erhalten. **Sönke Iwersen** und **Volker Votsmeier** vom „Handelsblatt“ erhielten den zweiten Preis für ihre Recherchen zur Rolle einer Staatsanwältin im Cum-Ex-Skandal. Die Journalistin **Julia Rathcke** von der „Rheinischen Post“ erhält für ihre Recherchen über einen AfD-Landtagsabgeordneten, der falsche Angaben zu seiner Biografie gemacht hatte, den dritten Preis.



M. Migliorato/CPP/KNA

Kardinal **Stanisław Rylko**, Erzpriester der römischen Basilika Santa Maria Maggiore, wird am 4. Juli 80 Jahre alt und verliert damit sein Papstwahlrecht. Papst Johannes Paul II. holte ihn 1995 an die Kurie. Von 2003 bis 2016 leitete Rylko den Päpstlichen Laienrat. Papst Benedikt XVI. erhob ihn 2007 zum Kardinal.



Foto: Oliver Sittel/kath.ch

Jean César Scarcella (73), Abt der Schweizer Abtei Saint-Maurice, ist von seinem Amt zurückgetreten. Das teilte der Vatikan ohne nähere Angaben mit. Die Traditions-Abtei musste nach dem Bericht einer unabhängigen Untersuchungskommission Dutzende Missbrauchsfälle einräumen. Eine Prüfungskommission sieht einen Zusammenhang zum Zustand der Klostergemeinschaft.



Wie umgehen mit Geschlechtsdysphorie?

Foto: Imago/Depositphotos

Übers Ziel hinausgeschossen

Zum Schutz vor umstrittenen Konversionstherapien in Österreich liegt dem Parlament ein weitreichender Entwurf vor. Dieser verbietet bei Strafandrohung das Hinterfragen von Wünschen Minderjähriger nach Geschlechtsumwandlung. Fachleute sehen sowohl Therapiefreiheit wie Elternrechte in Gefahr.

Von Johannes Pernsteiner

Wien (KNA) Vor einem geplanten Gesetz der österreichischen Bundesregierung, welches ergebnisoffene Gespräche mit Jugendlichen zur Geschlechtsänderung stark einschränken soll, warnt das Wiener Institut für medizini-

sche Anthropologie und Bioethik (IMABE). Wer zu Vorsicht bei Pubertätsblockern oder Operationen rät, könnte dem vorliegenden Entwurf zufolge schon bald bestraft werden.

Institutsdirektorin Susanne Kummer kritisierte in einer jüngsten

Stellungnahme, der Schwenk auf den affirmativen Ansatz als einzig erlaubte Haltung stehe im Widerspruch zu internationalen Studien. Wenn Schweden oder Großbritannien aus diesem Grund längst andere Wege gehen, sei es nicht zu verstehen, warum Österreich hier nicht folge.

Der von SPÖ und NEOS eingebrachte Entwurf für ein „Konversionsmaßnahmen-Schutz-Gesetz“ gehe weit über den auch laut Kummer „berechtigten“ Schutz vor Zwangstherapien bei Homosexuellen hinaus. Künftig soll bei Minderjährigen, die sich als „transgender“ empfinden und eine Geschlechtsumwandlung wünschen, bereits jede kritische Nachfrage als strafbare „Konversionsmaßnahme“ gelten. Medizinnern, Therapeuten, Seelsorgern und Eltern drohen bei jeder Form ergebnisoffener Begleitung und explorativen Gesprächen bis zu 30.000 Euro Strafe oder ein Jahr Haft; Eltern riskieren zudem den Verlust ihres Sorgerechts.

Affirmative statt offene Beratung

Statt ergebnisoffener Begleitung schreibt das Gesetz eine affirmativ ausgerichtete Behandlung vor – also die uneingeschränkte Bestätigung der selbst empfundenen Geschlechtsidentität, unabhängig von Alter, Reife und Umständen. Laut §1 Abs. 2 muss die Behandlung darauf gerichtet sein, diese Identität „zum Ausdruck zu bringen“, während jede kritische Auseinandersetzung oder Aufklärung über Risiken damit faktisch untersagt wäre. Der Gesetzesentwurf sei ohne wissenschaftliche Grundlage. Vielmehr gehe er von der Hypothese aus, dass jeder Mensch das Recht habe, seinen Körper seiner „gefühlten Geschlechtsidentität“ anzupassen

– wobei dieser Begriff unscharf definiert sei, so Kummer.

Ursprünglich sollte der Nationalrat noch im Juni über den Gesetzesentwurf abstimmen, was angesichts wachsender Proteste aus der Fachwelt nicht mehr geschah. Kritik kommt sowohl von Medizinnern als auch von Elternverbänden, Therapeuten und Juristen, die die Rücknahme des Gesetzesvorhabens fordern.

Klar für die Möglichkeit zu ergebnisoffener Therapie bei jungen Menschen, die sich in ihrem Körper verunsichert fühlen, spricht sich die Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde, Daniela Karall, aus. Ein solches Vorgehen sei keine „Konversionstherapie“, sondern vielmehr „Ausdruck von Ernstnehmen der Situation, Respekt, Menschlichkeit und professioneller Verantwortung“, so Karall in der IMABE-Stellungnahme.

Krisenbegleitung unter Strafandrohung

Die stellvertretende Direktorin der Innsbrucker Uniklinik für Pädiatrie kritisiert den bisher vorliegenden Gesetzesentwurf scharf: Unter dem Vorwand des Kinderschutzes greife er in zentrale ethische, medizinische und gesellschaftliche Grundprinzipien ein. Noch nie habe ein Gesetz Ärzten unter Strafandrohung vorgeschrieben, wie sie in Krisen begleiten sollen, kritisiert Karall. Nun jedoch wer-



Susanne Kummer, Direktorin des Instituts für medizinische Anthropologie und Bioethik
Foto: IMABE



Daniela Karall, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde
Foto: Inform

de dort Manipulation unterstellt, „wo geduldige Auseinandersetzung nötig ist – was genau das wäre, was Jugendliche in solchen Krisensituationen brauchen“.

Sehr wohl gibt es wissenschaftliche Belege dafür, dass Alternativen zur affirmativen Behandlung zielführender sind: Geschlechtsdysphorie legt sich demnach bei den meisten Kindern von selbst, „wenn man ihnen stattdessen mit beobachtendem Abwarten, dem

sogenannten ‚Watchful Waiting‘, begegnet“, erklärte die Psychiaterin Bettina Reiter. Die klassische Medizin verfolge dieses Prinzip für alle Symptome, die zwar gravierend, aber nicht unmittelbar lebensbedrohlich sind. Eine offene, beratende Therapie könne „den körperzerstörenden Transitionsprozess vermeiden“.

Dass in der Realität immer seltener abgewartet wird, belegt das Institut durch Statistiken über operative Eingriffe in Österreich: Von 2004 bis 2013 wurden bei jungen Frauen mit Geschlechtsdysphorie 77 Brustamputationen durchgeführt, von 2014 bis 2023 waren es über 1.100. Gleichzeitig meldeten sich mehr sogenannte „Detransitionierer“ zu Wort, die ihre Entscheidung bereut und sich mit ihrem Geschlecht versöhnt hätten.

Instabile Diagnose Geschlechtsinkongruenz

Florian D. Zepf, Kinder- und Jugendpsychiater aus Jena, weist auf die Instabilität der Diagnose „Geschlechtsinkongruenz“ hin. Laut einer Studie vom Deutschen Ärzteblatt verschwindet sie bei 65 Prozent nach fünf Jahren ohne Eingriffe; internationale Studien berichten von bis zu 90 Prozent. Zudem belegen Metaanalysen, dass Jugendliche nach einer Geschlechtsumwandlung längerfristig häufiger unter psychischen Problemen leiden – darunter Depression, Suizidgedanken oder

Angststörungen – als jene mit Gender-Dysphorie, die nicht operiert wurden.

Hingewiesen wird auch auf Warnungen der Elterninitiative ROGD Österreich (Rapid Onset Gender Dysphoria). Demnach ist Geschlechtsidentität nicht unveränderlich und angeboren, wie vom Gesetzesentwurf behauptet, sondern entwickle sich erst. Dabei führe unreflektierte Affirmation in pubertären Reifungskrisen mitunter zu irreversiblen Eingriffen. Die Initiative fordert, das Gesetz zurückzunehmen.

Gravierende medizinische Eingriffe wie Sterilisation, Genitaloperationen und lebenslange Hormonbehandlungen bleiben laut IMABE vom Gesetz unbehelligt und werden gesetzlich geschützt und gefördert. Der Gesetzestext unterstelle zudem Religionsgemeinschaften „Zwangspraktiken“ oder gar „Exorzismus“ – stigmatisierende Begriffe, die durch keinen einzigen dokumentierten Fall in Österreich belegt seien.

Auch von juristischer Seite erhält der Entwurf Kritik, vor allem wegen der Unschärfe seiner Definitionen. Allein am Ziel einer Maßnahme orientiere man sich, ungeachtet von Kontext, Absicht oder Einvernehmlichkeit. Deshalb kämen nun auch Gespräche aus elterlicher Sorge oder seelsorgliche Begleitung unter Verdacht, selbst wenn die Betroffenen solche von sich aus gewünscht haben. Die vorgesehenen Strafen

ließen zudem keinen Raum für Verhältnismäßigkeit und bedrohten das Vertrauensverhältnis in Familien ebenso wie das Seelsorgegeheimnis und die Meinungsfreiheit.

Internationale Trendwende bei Gesetzen

Im Gegensatz zum österreichischen Gesetzesentwurf zeigen internationale Entwicklungen laut IMABE eine Trendwende: Der britische Cass-Report von 2024 fordert Vorrang für Psychotherapie, da für medizinische Eingriffe bei Minderjährigen keine Evidenz vorliege. Transidentität werde dabei nicht pathologisiert, sondern man richte den Fokus darauf, dass Jugendliche mit Geschlechtsdysphorie überdurchschnittlich häufig unter begleitenden psychischen Erkrankungen leiden. Auch Schweden und Finnland überarbeiten Leitlinien und begrenzen affirmatives Vorgehen.

„Junge Menschen mit Geschlechtsdysphorie verdienen Sorgfalt, keine Ideologie“, forderte IMABE-Direktorin Kummer im Gespräch mit der Agentur Kathpress. Ein Staat überschreite seine demokratische Legitimation, „wenn er den Ärzten vorschreibt, gegen ihre fachliche Überzeugung zu handeln, Therapeuten entmündigt und wissenschaftliche Kritik sowie das Vorgehen von Eltern, die wissenschaftlich begründete Vorsicht walten lassen, strafbar macht“.

Freie Medien. **Starke** **Demokratie.** Unsere Verantwortung.

Ohne Journalismus wird aus Demokratie Willkür. Es gibt einen Überfluss an Informationen, aber ein Defizit an Einordnung.

Unabhängiger Journalismus stellt sich gegen autoritäre Politik, gegen Einflussnahme und Vereinnahmung. Unabhängiger Journalismus benennt Fakten und entlarvt Propaganda. Unabhängiger Journalismus kann erklären und einordnen.

Journalismus ist nicht frei von Fehlern. Aber gerade im Umgang mit Fehlern kann der Journalismus seine Glaubwürdigkeit durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit unter Beweis stellen.

Wir können etwas gegen Desinformation und falsche Narrative tun und unsere Demokratie resilient machen. Halten wir die Gesellschaft zusammen!



Mehr erfahren



Eine Initiative von: **journalist** Das Magazin für Journalismus in Deutschland



Während der Demonstrationen in Panamas Unruheregion Bocas del Toro schiebt ein Mann sein Fahrrad mit einem großen Holzkreuz durch eine Siedlung. Foto: EPA-EFE/Bienvenido Velasco

Kirche soll bei Sozialprotesten vermitteln

In Panama kochen derzeit viele Konflikte hoch. Nun soll der Erzbischof von Panama-Stadt die zerstrittenen Lager zusammenbringen. Ein erster Schritt ist gemacht.

Von Tobias Käufer

Panama-Stadt (KNA) Seit Wochen gibt es in Panama Proteste und Demonstrationen. Die Ursachen sind vielschichtig: Es geht um die Souveränität des Landes im Umgang mit der Trump-Regierung und deren Anspruch auf den Pa-

nama-Kanal. Es geht um die Wiederbelebung eines im Grunde schon verabschiedenden Bergbau-Projekts und um die Rechte von Arbeitern auf den Bananen-Plantagen.

Die Situation ist so verfahren, dass sich Präsident José Raúl

Mulino bereit erklärte, die Vermittlung der katholischen Kirche zu akzeptieren. Nun schaut das Land, durch dessen Territorium einer der wichtigsten Wasserstraßen des Welthandels führt, gespannt darauf, wie Erzbischof José Domingo Ulloa vorgeht. Der Kirchenmann soll zwischen den

Konfliktparteien einen Ausgleich finden.

„Kämpft für Gerechtigkeit, aber konstruktiv“

Seit Beginn seiner Mission appelliert Ulloa an die Bereitschaft aller Seiten, aufeinander zuzugehen und die Positionen der Gegenseite zumindest anzuhören: „Heute brauchen wir mehr denn je Dialog, Respekt und gemeinsame Verantwortung“, sagte Ulloa kürzlich bei einer Predigt. An die Demonstranten gerichtet sagte der Erzbischof: „An alle sozialen Schichten: Kämpft weiter für Gerechtigkeit, aber mit kollektiver Intelligenz und konstruktivem Geist. Schürt weder Hass noch Angst. Panama wird aus der Hoffnung heraus aufgebaut.“

In der Unruheregion Bocas del Toro toben die Proteste besonders



Panamas Präsident José Raúl Mulino (li.) und Erzbischof José Domingo Ulloa.

Fotos: Präsidialamt Panama; Alexander Brüggemann/KNA



heftig. Es gibt Straßenblockaden, brennende Autos und fliegende Steine. Die Demonstranten werfen der Polizei brutale Repression vor, Bilder von Tränengas und Schlagstockeinsatz sorgen für Entsetzen. Während Vertreter indigener Gemeinden von staat-

licher Gewalt sprechen, erklärte Vize-Sicherheitsminister Luis Icaza, die Proteste seien infiltriert: „In ihnen operieren eine Reihe von Banden, die praktisch für die Unruhen verantwortlich sind, die diese Vandalen verursachen.“ Rund 200 Menschen wurden festgenommen. Die Gemengelage ist unübersichtlich.

Medienvertreter zwischen den Fronten

Zwischen die Fronten geraten auch Medienvertreter, die versuchen Licht ins Dunkel zu bringen und selbst Ziel von Attacken werden „Besonders alarmierend ist, dass die Angreifer dieselben sind, die in der Vergangenheit die mangelnde Berichterstattung über ihre Forderungen beklagt haben. Der Widerspruch ist offensichtlich und schmerzlich: Man kann keine



Bereitschaftspolizei in der Stadt Changuinola vor einer von Demonstranten errichteten Straßensperre.

Foto: EPA-EFE/Bienvenido Velasco

objektive Information und Berichterstattung fordern und gleichzeitig diejenigen zum Schweigen bringen, deren Aufgabe es ist zu informieren“, heißt es in einer Erklärung von Presseverbänden zur Lage in der Region.

Sind Russland und China involviert?

In den sozialen Netzwerken gibt es Spekulationen, dass Russland und China die Proteste gezielt unterstützen und forcieren, um die grundsätzlich pro-Amerikanische-Regierung in Panama-Stadt unter Druck zu setzen. Die sitzt zwischen allen Stühlen. Einerseits wird sie von der Trump-Regierung mit dem Anspruch auf den Panama-Kanal unter Druck

gesetzt, gleichzeitig warnt Peking Panama sich nicht zum Statthalter Washingtons machen zu lassen.

Die Zeitung „La Estrella“ kommentierte in diesen Tagen: „In der aktuellen geopolitischen Lage wird die Wechselbeziehung zwischen internationalem Handel, Seelogistik und Seemacht deutlich. Geoökonomie und Geopolitik sind miteinander verflochten. Ohne einen umfassenden und aktiven ‚Neutralitätsvertrag‘ wird Panama in diesem Szenario mitten in einem Krieg stehen.“

Hinzu kommen seit Jahren ungelöste soziale Probleme. Plantagenarbeiter von Chiquita Panama legten vor Wochen die Arbeit nieder. Der Konzern reagierte mit Massenentlassen und verwies auf

eine durch Streiks gezielt zerstörte Plantage. Für die betroffenen Familien sind die Entlassungen eine soziale Katastrophe.

Plantagenarbeiter in der Sozialversicherung

Die Regierung verabschiedete daraufhin ein neues Gesetz, dass die Plantagenarbeiter effektiver in die Sozialversicherung einbinden soll. So steht es zumindest auf dem Papier. Ob das reicht, um die Proteste abebben zu lassen wird sich zeigen. Erzbischof Ulloa schrieb erst einmal einen Brief an alle Beteiligten. Ein erster Schritt hin zu einem Dialog, der von allen Seiten herbeigesehnt wird. Aber zu dem wohl noch niemand so richtig bereit ist.



Beim Besuch von US-Heimatschutz-Ministerin Kristin Noem in Panama City warten abgeschobene Kolumbianer auf die Weiterreise. Das Abkommen mit den USA ist ebenfalls Konfliktthema im Land. Foto: Imago/Anadolu Agency

„Was in Budapest geschah, kommt für das Orbán-Regime einem Lungenschuss gleich“

In Kommentaren säkularer Medien ging es besonders oft um die „Pride Parade“ in Budapest, Beschlüsse zu Rente und Mindestlohn sowie den SPD-Antrag zu einem Verbotsverfahren gegen die AfD. Außerdem waren der europäischen Zusammenhalt in Bezug auf Nahost und Ukraine-Kriege häufige Themen.

Das Verbot der „Pride-Parade“ in Budapest sowie Viktor Orbáns Reaktion hält Kommentator [Gábor Czene](#) der ungarischen Zeitung „[Népszava](#)“ für ein Eigentor:

„Laut Viktor Orbán wurde die Budapest Pride-Parade ‚auf Befehl aus Brüssel‘ veranstaltet – daraus ergeben sich sofort zwei Schlussfolgerungen: Der Ministerpräsident ist unfähig, vom durchdrehenden Dummheitszug abzuspringen, und hat zudem die Fähigkeit verloren, seine eigenen Fehler zu korrigieren.

Seine Aussage, dass die Parade am Samstag ein Beweis dafür sei, wie unser Leben aussehen würde, wenn an der Spitze des Landes nicht eine ‚nationale Regierung stünde, die unsere Souveränität schützt‘, ist ein klassisches Eigentor. Die Ungarn konnten nämlich tatsächlich einen Vorgeschmack darauf bekommen, wie das Leben ohne eine Fidesz-nahe Regierung, die Hass verbreitet und einen dauerhaften

Kriegszustand schürt, aussehen könnte: glücklich und frei. Es ist äußerst bemerkenswert, dass Orbán dies als ‚widerwärtig und beschämend‘ empfindet. [...]

Die Machthaber wagten es nicht, die Pride mit Polizeigewalt zu zerschlagen – das hätte einen weltweiten Skandal ausgelöst. Sie setzten allein auf die homophobe extreme Rechte, dass diese die Drecksarbeit für sie übernehmen würde. Doch die gegen die Parade hetzende Partei Mi Hazánk und ihre angeschlossenen Organisationen machten ihnen diesen Gefallen nicht. [...] Trotz Viktor Orbáns Versprechen, die Parade seinen Anhängern zuliebe zu verbieten, zog am Samstagnachmittag eine riesige, friedliche Menschenmenge durch die Straßen der Hauptstadt – ein endloser Menschenstrom. [...] Die Budapest Pride war nicht nur ein Fest der Freiheit für Budapest – viele kamen auch aus dem Ausland und aus ländlichen Gegenden Ungarns. Der Ministerpräsident erlitt eine tota-

le Niederlage, sein scheinbar gut durchdachter politischer Schachzug schlug vollkommen fehl. [...] Was am Samstag in Budapest geschah, kommt für das Orbán-Regime einem Lungenschuss gleich.“

„Orbáns Regierung maßt sich an, darüber zu bestimmen, wofür und wogegen die Ungarn auf die Straße gehen dürfen“, schreibt [Reinhard Veser](#) auf „[faz.net](#)“:

„[...] Die unter dem fadenscheinigen Vorwand des Kinderschutzes betriebene Kampagne der ungarischen Regierung gegen sexuelle Minderheiten soll einen Keil zwischen konservative und liberale Kräfte in der Opposition treiben und zugleich verschleiern, was Viktor Orbán und die Seinen tatsächlich tun: Sie greifen die fundamentalen Freiheitsrechte aller Bürger ihres Landes an.

Bereits das sogenannte Kinderschutzgesetz, mit dem vor vier Jahren die öffentliche Dar-

stellung von Homosexualität faktisch verboten wurde, war ein erster Schritt in Richtung staatlicher Zensur. Die ungarische Regierung hat sich damit angemaßt, zu bestimmen, in welcher Form und welchem Ausmaß ein gesellschaftlich relevantes Thema aufgegriffen werden darf. [...] Orbán folgt mit seinem Vorgehen nicht nur dem Vorbild des russischen Gewaltherrschers Wladimir Putin; er ist selbst zu einem Vorbild all jener autoritären Populisten geworden, die die westlichen Demokratien von innen zersetzen und die Rechte aller – Konservativer, Liberaler, Linker, Christen, Muslime, Juden – einschränken wollen. [...]"

„Das System Orbán befindet sich längst im Niedergang“, kommentiert Gregor Mayer in der österreichischen Zeitung „Der Standard“:

„[...] Die Budapester Pride hat diese Strategie durchbrochen. Das wirkungslose Verbot lässt Orbán als nackten Kaiser dastehen. Ein Autokrat, der seine Verbote nicht durchsetzen kann, zeigt Schwäche. Das verunsichert seine Anhänger, die ihn wegen seiner Stärke anhimmeln. Und es ermutigt seine Gegner. Mit dem Pride-Verbot hat sich Orbán verkalkuliert. Der Hass auf die Schwulen und Transsexuellen, den er schüren ließ, polarisiert Ungarns Gesellschaft längst nicht mehr so sehr wie von ihm erhofft. [...]"

Den SPD-Antrag auf ein AfD-Verbotsverfahren ordnet Stefan Lange in der „Augsburger Allgemeinen“ wie folgt ein:

„[...] Der thüringische Innenminister Georg Maier etwa berichtete darüber, dass die AfD in seinem Bundesland über eine Sperrminorität verfügt und den Richterwahlausschuss blockiert. In der Folge sind rund 30 Stellen für Richterinnen und Staatsanwälte unbesetzt. Das sei nur der Anfang, machte der SPD-Politiker deutlich. Die Partei habe erst damit begonnen, die Demokratie zu beseitigen.

War ein NPD-Verbotsverfahren zuletzt daran gescheitert, dass Karlsruhe der Partei nicht die nötige „Potentialität“ zubilligte, so kann das für die AfD niemand behaupten. Sie ist groß, sie ist wirkmächtig. Ihre Ziele verfolgt sie planvoll und aggressiv, das lässt sich regelmäßig im Bundestag und in den Landesparlamenten beobachten. [...]"

In der Weimarer Republik galt, dass die Demokratie, wenn sie sich selbst treu bleiben wolle, auch eine Partei dulden müsse, die ihre Vernichtung betreibe – wenn diese denn nur von ausreichend vielen Menschen gewählt wurde. Das Ergebnis ist bekannt. Die Nazis nutzten Lücken in der Verfassung aus und schafften sie am Ende ab. Die Parallelen zum Vorgehen der AfD sind unverkennbar. [...] Die SPD hat dabei den womöglich wichtigsten Aspekt nicht vergessen. Sie will nicht nur verbieten, sie will ‚die Menschen zurückgewinnen‘. [...]"

„Bundessozialministerin Bärbel Bas verabreicht Ruheständlern eine politische Pille zur Beruhigung“ meint Thomas Ludwig das Rentenpaket in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“:

„ [...] Für Millionen Arbeitnehmer, die ihren Lebensabend im Blick haben, ist es eine gute Nachricht: Mit ihrem ersten Gesetzesvorschlag zur Rente will Bundessozialministerin Bärbel Bas (SPD) das Rentenniveau bei 48 Prozent bis 2031 sichern; eine Abkopplung der Renten von den Löhnen wird es vorerst nicht geben.

Doch was ein sozialdemokratisches Wahlversprechen einlöst, hat einen unschönen Nebeneffekt: Es kommt teuer. Die Mehraufwendungen zur Stabilisierung der Rentenversicherung soll der Bund aus Steuermitteln erstatten; so will man höhere Beitragssätze zur Rentenkasse ‚grundsätzlich vermeiden‘. Das aber verschiebt die Last von den Beitragszahlern auf die Allgemeinheit.“

„Der SPD-Grundsatz, dass äußere und soziale Sicherheit nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, wird teuer erkaufte“, glaubt Frank Specht zum Rentenpaket im „Handelsblatt“:

„[...] Die Stabilisierung des Rentenniveaus und die Mütterrente III werden die Steuerzahler bis 2031 fast 47 Milliarden Euro kosten. Hält danach auch eine neue Regierung an der Reform fest, steigen die Zusatzkosten bis

auf 20 Milliarden Euro jährlich. Kann sich Deutschland so hohe Verteidigungsausgaben leisten? Peanuts im Vergleich zu den mehr als einer halben Billion Euro, die Klingbeil bis 2029 für Verteidigung ausgeben will? Sicher, aber nur, wenn man unterschlägt, dass die Rentenausgaben schon ohne die Zusatzkosten bis 2031 auf gut eine halbe Billion Euro ansteigen werden – im Jahr.“

Den Mindestlohn-Anstieg auf fast 15 Euro kommentiert [Stephan-Andreas Casdorff](#) im „Tagesspiegel“:

„[...] Die SPD wiederum ist jetzt gut beraten, wegen 40 Cent, die noch zu 15 Euro fehlen, kein Fass aufzumachen. Schon gar nicht auf dem Parteitag. Das gilt vor allem für ihre Linken. [...]“

Das Expertengremium hat sich neben der Tarifbindung an 60 Prozent des mittleren Einkommens orientiert. Das ergibt dann so ungefähr 15 Euro pro Stunde. Zehn Jahre gibt es den Mindestlohn nun schon! Und bei allen Schmerzen, die er Unternehmen – insbesondere den kleinen – bereitet, ist er trotzdem etabliert. Was sich sagen lässt: Millionen im unteren Lohnsegment profitieren, vor allem Frauen; die Lohnungleichheit in Deutschland ist gemildert, vor allem im Osten. Arbeitsplätze gehen verloren, ja, aber nicht ganz so viele, wie mal vorhergesagt wurde, nicht Hunderttausende. [...]“

Einen deutlichen Unterschied bei den Sozialabgaben hebt [Eva Quadbeck](#) zum Thema Mindestlohn in der „Frankfurter Rundschau“ hervor:

„[...] Bei Geringverdienern schlagen die Sozialbeiträge mehr zu Buche als die Steuern. Sie werden also nicht anteilig von der Mindestloohnerhöhung profitieren können. Es ist geboten, dass die Regierung nicht nur Kommissionen für die Reform der Sozialsysteme einsetzt, sondern auch schnell wirksame Maßnahmen zur Dämpfung der Sozialbeiträge ergreift. [...]“

Wie sich der steigende Mindestlohn auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken wird, lässt sich nicht exakt vorhersagen. Fachleute rechnen damit, dass jeder fünfte Job im unteren Lohnbereich verloren gehen könnte. Bei den Unternehmen wird sich in jedem Fall der Druck erhöhen, einfache Tätigkeiten zu automatisieren und zu digitalisieren. [...]“

Nahost- und Ukrainekrieg – [Thorsten Knuf](#) ordnet in der „Berliner Morgenpost“ ein, wo Europa an seine Grenzen stößt:

„[...]Europäer [sind] an einem der wichtigsten Krisenherde der Weltpolitik weitgehend abgemeldet. Ihr Einfluss auf das Kriegsgeschehen im Nahen Osten ist so gut wie nicht existent. Die humanitäre Lage im Gazastreifen bleibt katastrophal. Und US-Präsident Trump ließ auf Drängen Israels zuletzt

die iranischen Atomanlagen bombardieren, ohne die europäischen Verbündeten vorab in Kenntnis zu setzen. Bei der Unterstützung der Ukraine spielen die Europäer zwar eine wichtige Rolle. Wenn Trump dem Land den Stecker zöge, wäre es vermutlich verloren.[...]“

Über die „Bandbreite der europäischen Dissonanz“ schreibt [Stefan Kegel](#) in der „Märkischen Oderzeitung“:

„[...] Vom Ungarn Viktor Orbán, der mit einem Referendum über die Aufnahme der Ukraine in die EU drohte – und 95 Prozent seiner Landsleute in der Ablehnung hinter sich wähnt. Über den Slowaken Robert Fico, der das geplante 18. EU-Sanktionspaket gegen Russland ablehnt, solange die Importe von russischem Gas nicht ersetzt werden. Bis hin zur Frage, ob der Ölpreisdeckel für den Export russischen Öls doch noch kommen soll, wofür die baltischen Staaten kämpfen. So weitgehend einig, wie sich die europäischen Staaten in der Verteidigungspolitik geben, so unterschiedlich stellt sich ihre Betrachtung der Ukraine dar. Das ist wegen der Vielzahl der damit verbundenen Probleme verständlich. Aber es ist schon paradox, dass man donnernde Einigkeit heraustrumpet, um einen Verbündeten wie Donald Trump beim Nato-Gipfel zu beeindrucken, während man beim EU-Spitzentreffen einem erklärten Gegner wie Wladimir Putins Russland seine offene Flanke bereitwillig darbietet.“

„Israel hat das Recht sich zu verteidigen, auch wenn es dem Völkerrecht widerspricht“

Vom Nahost-Konflikt und dem Terroranschlag in Damaskus über die ersten Wochen von Papst Leo XIV. bis hin zur Wissenschaftsförderung in Deutschland, kirchliche Schutzräume und Widerstand gegen rechtsextreme Gewalt – die Kommentarpalette religiöser Medien war zuletzt breit gefächert.

Die Angriffe auf iranische Atomanlagen und die Reaktion Deutschlands kommentiert

Johannes Bernard für „Kirche+Leben“, Münster:

„[...] Mit einem Satz hat Bundeskanzler Friedrich Merz mehr Aufmerksamkeit erhalten, als ihm lieb war, als er das Vorgehen Israels gegen den Iran als „Drecksarbeit für uns alle“ bezeichnete. Auch Deutschland sei vom Mullah-Regime betroffen.

Man mag die Aussage des Bundeskanzlers kritisieren und als undiplomatisch bezeichnen. Allerdings darf aber auch Klartext gesprochen werden, wenn über Jahre erfolgte Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm zu nichts geführt haben. Die Bedrohung Israels bleibt bis zur endgültigen Zerstörung der Atomanlagen real wie die Unterdrückung der demokratischen Opposition im Iran.

Nichts wünschen sich die Menschen in Kriegszeiten sehnlicher

als den Frieden. Nichts macht sie optimistischer, als wenn Politiker zu Friedensverhandlungen zusammenkommen. Nichts macht sie glücklicher, als wenn Frieden geschlossen wird. Und in dieser Friedenssehnsucht fällt das Wort von der ‚Drecksarbeit‘, die zum Glück für uns ein anderer zu leisten hat, notfalls Donald Trump.

Letztlich haben in den vielen vergangenen Jahren Verhandlungen nicht dazu geführt, den Konflikt zwischen Iran und Israel zu entschärfen und das Atomwaffenprogramm zu stoppen [...]

Angesichts dieser Lage hat Israel das Recht, sich zu verteidigen und präventiv kriegerisch zu handeln, auch wenn es dem Völkerrecht widerspricht. [...] Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit muss aber immer neu gestellt werden.

Friedrich Merz hat mit seiner Aussage eingeräumt, dass Verhandlungen scheitern können und Appelle zum Frieden ungehört verhallen. Die Verhandlungsbe-

teiligten sind leider zuletzt immer öfter sprachlos geblieben.“

Etwas anders argumentiert Friedrich von Westphalen in der „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln“:

„[...] der von Israel – und nunmehr auch von den USA – durchgeführte Präventivschlag gegen das iranische Nuklearprogramm löst die – im Einzelnen im Völkerrecht höchst umstrittene – Frage aus, ob denn der Iran die Entwicklung der Atombombe, aber auch die Herstellung von Raketen mit Nuklearsprengköpfen bereits so weit vorangetrieben hat, dass sich das Zeitfenster für einen Akt der präventiven Selbstverteidigung zugunsten von Israel geöffnet hat.

Die Regierungsvertreter der G7 haben bei ihrer Konferenz in Kanada diese Frage rückhaltlos bejaht. Für diese Ansicht spricht, dass es – politisch wie auch

rechtlich – weithin unzumutbar ist abzuwarten, weil tatsächlich die Sorge besteht, dass Teheran innerhalb nur weniger Tage oder Wochen eine oder mehrere Atombomben einsatzbereit gegen Israel zur Verfügung hat.

Indessen, weder Israel noch Washington oder die Bundesregierung haben bislang handfeste Beweise vorgelegt, aus denen das mit hinreichender Sicherheit abgeleitet werden kann. Dass Iran bald Atommacht ist, daran bestehen sogar sehr berechnete Zweifel. [...]

Es liegt daher nahe, der Selbstverteidigung Israels und auch der Intervention durch die USA das Etikett des Bruchs des Völkerrechts anzuheften. Das zu sagen, fällt nicht leicht, weil ja die seit Langem bekannte Aggressionsabsicht des Iran gegenüber Israel bekannt ist. [...]"

Die ersten Wochen der Amtszeit Papst Leos XIV. vor der Sommerpause bilanziert Stefan Orth in der „Herder Korrespondenz“:

„[...] Bisher hat Leo, der mit überwältigender Mehrheit in sein neues Amt gewählt wurde, es sich innerkirchlich offensichtlich mit keiner Seite verscherzen wollen.

Mit Blick auf das Reizthema Zölibat hob er jüngst vor Seminaristen und mit Bezug auf Augustinus dessen Bedeutung für das Priestertum hervor. Das darf bei einem Papst und seiner Rolle für die katholische Kirche erst einmal nicht verwundern. [...]

Franziskus konnte sich nicht dazu durchringen, hier – wenn auch nur regional – Änderungen umzusetzen. Wird es Leo XIV. tun? Deutlich ist in jedem Fall, dass auch er wie sein Vorgänger hier nicht vorpreschen wird. Kontinuität lautet aktuell die Parole. Möglicherweise waren die ersten Wochen aber auch erst einmal dazu gedacht, Ruhe in das vom teils wilden Pontifikat Franziskus in Wallung gebrachte System Kirche zu bringen. In jedem Fall wird es spannend sein, nach der Sommerpause im Herbst zu beobachten, welche Akzente Leo XIV. setzen wird. Bei welchen Fragen wird es vorangehen? Nichts verändern zu wollen, wäre dann auch eine Festlegung.“

Zum Terroranschlag gegen syrische Christen in Damaskus schreibt Kerstin Ostendorf für die „Verlagsgruppe Bistumspressen“:

„Welch eine grausame Tat: Ein Attentäter hat sich Mitte Juni während eines Sonntagsgottesdienstes an der Eingangstür der griechisch-orthodoxen Mar-Elias-Kirche in Damaskus in die Luft gesprengt. 25 Menschen starben, 63 wurden verletzt. [...] in der syrischen Provinz Hama [wurde] an mehreren Kirchen die Botschaft ‚Ihr kommt dran‘ hinterlassen.

Der Terrorist hat die Menschen nicht zufällig in dem Moment ermordet, als sie zu Gott gebetet haben. Er wollte Hass zwischen den Religionen schüren, Christen und Muslime gegeneinander auf-

hetzen, die Gesellschaft spalten. Umso bemerkenswerter sind die Reaktionen auf den Anschlag. Die syrische Regierung sowie die Patriarchen und Kirchenoberhäupter im Heiligen Land haben den Angriff ebenso klar verurteilt wie Staats- und Regierungschefs arabischer Staaten. Darunter sind Länder wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Irak, in denen Christen eine Minderheit sind, die oft diskriminiert wird. [...] Die einheitliche Positionierung gegen den Terror wirkt wohltuend – gerade in Zeiten, in denen der Nahe und Mittlere Osten von Kriegen und Konflikten geschüttelt ist.“

In „Publik Forum“ kritisiert Michael Schrom Tendenzen bei der Förderung wissenschaftlicher Projekte in Deutschland:

„[...] es fällt schon auf, dass die Anzahl der DFG-geförderten geisteswissenschaftlichen Projekte von Periode zu Periode geringer wird. Im neuen Zyklus finden sich unter den 70 ausgewählten Forschungsprojekten lediglich zwei politikwissenschaftliche und zwei eher philologisch-historisch orientierte Cluster. [...]

Religion kommt nur noch als Gegenspieler zum Liberalismus, wie im Exzellenzcluster ‚Auseinandersetzung um das liberale Skript‘ (Freie Universität Berlin). Das ist zwar nicht falsch, aber eine Unterbestimmung von Religion. Bei allem Respekt vor Naturwissenschaft und

Ökonomie: Dass Geisteswissenschaften zunehmend zu einem blinden Fleck werden, ist nicht nur bedauerlich, sondern auch gefährlich. Denn sie halten auch das geschichtliche Erbe und das kulturelle Gedächtnis wach.

In Zeiten, in denen alle möglichen Narrative verbreitet werden, braucht es umso mehr exzellente Forscherinnen und Forscher auf diesem Gebiet – und ein Bewusstsein für die Relevanz ihrer Arbeit.“

Die spontane Entscheidung des Osnabrücker Weihbischofs, Besuchern eines Popkonzerts den Dom zu öffnen, um Schutz vor einem Unwetter zu suchen, lobt Stefan Ahrens in der „Tagespost“:

„Zur Symbolsprache des Christentums gehört es, die Kirche als ‚Schiff‘ oder ‚Arche‘ zu bezeichnen, welches die Herde Christi sicher durch die Stürme und Wirrnisse der Zeit zum ewigen Seelenheil geleitet. [...] doch manchmal bedarf es auch für ansonsten kirchenferne Menschen keiner Worte, sondern der praktischen Anschauung, um die Richtigkeit dieser Ansicht zu erkennen. [...]

Doch anstatt inmitten von 3,6 Liter Regen pro Quadratmeter innerhalb einer Stunde buchstäblich Schiffbruch zu erleiden, erbarmte sich Osnabrücks Weihbischof Johannes Wübbe und gewährte den Konzertbesuchern Zuflucht, indem er für Fans, Band und Equipment die Türen zum

Dom weit aufsperrte. Der Weihbischof schaute persönlich im Hohen Dom St. Peter vorbei und sagte angesichts der 1.800 im Dom gestrandeten Bosse-Fans lapidar: ‚Wo wir helfen können, da helfen wir.‘

Die Reaktion der unfreiwillig im Dom Gestrandeten: Dankbarkeit und Freude. [...] Nach 45 Minuten Zwangspause ging es dann doch noch draußen auf dem Domplatz weiter – doch das eigentliche Konzert-Highlight dürfte für die meisten jener zunächst unfreiwillige Domaufenthalt gewesen sein, der auch religiös unmusikalischen Musikfans vermittelt haben dürfte, wie und was Kirche ist: nächstenlieb, hilfsbereit und rettende Arche.“

In der „Evangelischen Zeitung“ fordert Constance Bürger mehr Unterstützung für die queere Community gegen zunehmende rechte Gewalt:

„[...] Nun fällt auch noch die Bundestagsverwaltung den Unterstützenden der queeren Community in den Rücken: Deren queere Gruppe darf auf Weisung der Verwaltungsspitze am 26. Juli nicht beim Berliner Christopher Street Day mitlaufen. Auch soll, wie zuletzt üblich, an diesem Tag die Regenbogenfahne nicht auf dem Reichstagsgebäude gehisst werden. Es gelte die Neutralitätspflicht. Ein Schlag gegen Städte und Kommunen, die trotz Gegenwind die Regenbogenfahne vor ihren Rathäusern positionieren.

Das Ausmaß und die Häufigkeit an rechter Gewalt in Brandenburg steigt. Brandenburgs Innenminister René Wilke (parteilos) ruft dazu auf, sich nach der Gewalt in Bad Freienwalde gemeinschaftlich einzusetzen. Auch der Berliner Bischof Christian Stäblein spricht von zusammenstehen und nicht stumm bleiben.

Das fordert Mut und Standhaftigkeit – gerade in Kleinstädten und auf dem Land. Hier kennt man sich. Man macht sich und seine Familie angreif- und verwundbar, wenn man Gesicht zeigt. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haselhoff (CDU) kann sich sogar vorstellen, sein Bundesland zu verlassen falls die AfD bei der Landtagswahl 2026 stärkste Kraft werden würde – eine „unerträgliche Atmosphäre“, sagte er kürzlich in einem Interview.

Das ist kaum zu fassen. Niemand darf sich einschüchtern lassen. Aus unserer bequemen und privilegierten Position der Mehrheitsgesellschaft heraus müssen wir den Menschen, die Diskriminierung erleben, die Hand ausstrecken und an ihrer Seite stehen. Demokratie ist nur stark, wenn sie die Schwächsten schützt. Neutralität endet dort, wo Grundrechte verletzt werden. [...]

„Ich wurde nicht gewählt, weil ich eine Frau bin oder jung ...“



Natalie Georgi ist die erste Frau an der Spitze der größten deutschen Freikirche. Die neue Präsidentin des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden äußert sich im Interview zu Kontroversthemen, die Gemeinden unterschiedlich handhaben, warum sie selbst nicht überall predigen darf sowie zur Zukunft der Baptisten-eigenen Hochschule.



Von Benjamin Lassiwe

Pastorin Georgi, wie fühlt man sich als neue Präsidentin des Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland?

Natalie Georgi: Noch ist alles sehr aufregend. Und es ist sehr schön, weil einem sehr viel Wertschätzung entgegengebracht wird. Ich war sehr lange unsicher, ob meine Kirche schon so weit für eine erste Präsidentin ist, und deswegen war ich ganz positiv überrascht, dass ich mit so einer großen Zustimmung gewählt wurde. Das war für mich gar nicht selbstverständlich. Aber ich habe mich sehr darüber gefreut. Ich habe auch sehr lange mit mir gerungen, ob ich das überhaupt machen soll. Und von daher hatte ich schon den Eindruck: Es war der richtige Moment, auch für uns als Kirche. Bei meiner Wahl war so eine Aufbruchsstimmung – und das hat mich sehr beflügelt und gefreut.

Sie sind nach Rosemarie Wenner bei den Methodisten und Marie Willermark bei der Heilsarmee eine von nur wenigen Frauen, die in Deutschland eine Freikirche leiten. Wie sehr ist die freikirchliche Szene beim Thema Frauenordination vorangekommen?

In unserer Kirche ist es so, dass es seit 33 Jahren auch Pastorinnen gibt. Das heißt, wir sind im Vergleich mit anderen Freikirchen schon relativ weit. Und wir hatten mit Regina Claas von 2003 bis 2013 auch schon eine Generalsekretärin. Ich sehe sie und die anderen Pastorinnen als Vorreiterinnen. Ich denke, ich wurde nicht gewählt, weil ich eine Frau bin, und auch nicht, weil ich jung bin, sondern weil ich einfach mit dem, was ich mitbringe, jetzt zur richtigen Zeit komme. Es gibt natürlich Gemeinden und Einzelpersonen, die es sehr schwierig finden, dass nun eine Frau Präsidentin geworden ist. Das erlebe ich jetzt auch. Neben der Wertschätzung kommen auch schon erste Menschen, die das nicht richtig finden. Aber das gehört zu der Vielfalt in unserem Bund und der christlichen Welt dazu. Die Bestätigung und die Ermutigung sind auf jeden Fall größer.

Dürfen Sie als Frau in allen Gemeinden Ihres Bundes predigen?

Nein, das dürfte ich nicht. Vermutlich sind es aktuell ein Drittel der Bundesgemeinden, die keine Pastorin anstellen würden. Wir erleben in unserer Kirche auch einen Rückwärtstrend und eine Retraditionalisierung, die aber auch allgemein in der Gesellschaft wahrnehmbar ist: Einzelne Gemeinden, die schon eine andere Beschlusslage hatten, beschließen neu, dass Frauen doch nicht predigen oder leiten dürfen.

Wie gehen Sie damit um? Machen Sie Überzeugungsarbeit?

Nein, das mache ich nicht. Ich bin überzeugt, dass Frauen predigen dürfen und das ist auch die Haltung des Bundes. Ich kann für mich aber akzeptieren, dass Menschen aufgrund ihres persönlichen Bibelverständnisses zu einer anderen Haltung kommen. Ich nehme es ernst und schätze es, wenn sich Menschen mit der Bibel beschäftigen und für sich dann zu so einem Ergebnis kommen.

Wenn es allerdings damit zusammenhängt, dass Menschen es einfach nur komisch oder ungewöhnlich finden, dass eine Frau predigt, oder sie mir nicht

„Ich tue meinen Dienst in der Hoffnung, dass Menschen sehen, dass Gott auch durch mich wirken kann.“

so viel zutrauen, weil ich eine Frau bin, dann kann ich schlechter damit umgehen und würde das auch hinterfragen. Ansonsten versuche ich einfach, meinen Dienst zu tun, in der Hoffnung, dass Menschen dann auch zum Nachdenken kommen und auch sehen, dass Gott durch mich wirken kann und wirkt.

Worin besteht der Dienst einer Präsidentin des BEFG? Was unterscheidet Sie von einem evangelischen Landesbischof?

Zunächst ist mein Amt ein Ehrenamt. Bei uns besteht die Kirchenleitung aus dem ehrenamtlich gewählten Präsidium und der hauptamtlichen Bundesgeschäftsführung unter der Leitung des Generalsekretärs. Die Bundesgeschäftsstelle übernimmt die operativen Aufgaben. Das Amt der Präsidentin ist ein repräsentatives, bei dem ich zusammen mit dem Generalsekretär, die Kirche nach innen und nach außen vertrete und eben das Präsidium leite. Was das alles genau bedeutet, werde ich in den nächsten Jahren erfahren. Vor allem bedeutet das Amt aber, die Zukunft der Kirche mitzugestalten, die großen Stränge aufzuziehen und repräsentative Aufgaben in der Kirche zu übernehmen. Daneben bin ich weiterhin Pastorin hier in Berlin-Steglitz und finde es gut, im normalen Gemeindeleben geerdet zu sein.

Wohin entwickelt sich der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden? Ein Teil ihrer Gemeinden, die im „ChristusForum“ zusammengeschlossen sind und eher aus der Tradition der Brüdergemeinden kommen, hat ja eine Trennung angekündigt ...

Genau. Die Trennung ist aber noch nicht umgesetzt, weil es rechtlich offensichtlich etwas komplizierter ist, als anfangs gedacht. Ich bin da ein bisschen hoffnungsvoll. Einerseits hoffe ich, dass wir diesen

Prozess gut begleiten können, uns am Ende segnen können und uns als Christen auch weiter begegnen können. Und auf der anderen Seite hoffe ich sogar, dass wir vielleicht doch noch eine gemeinsame Lösung finden. Denn für mich ist die Zukunft der Kirche nicht in Trennung, Spaltung und Abgrenzung, sondern sie liegt darin, dass wir die Einheit unter den Christen stärken. Denn in der Gesellschaft versteht man zunehmend weniger, warum jede Kirche ihr eigenes Süppchen kochen muss. Konfessionalität spielt immer weniger eine Rolle.

Woran ist es aus Ihrer Sicht gescheitert, dass diese Gemeinden sich abspalten wollen? Wo war das Problem?

Zu einer solchen Entwicklung gehören immer zwei, jede Seite hat ihren Anteil. Ich möchte jetzt nicht öffentlich Schuld zuweisen. Ich hätte mir sehr eine andere Lösung gewünscht und frage mich, was wir vielleicht hätten anders machen können, um diese Trennung zu vermeiden.

Ich würde selbstkritisch sagen, dass wir als Präsidium nicht ausreichend wahrgenommen haben, dass sie eigentlich schon auf dem Weg sind hinauszugehen. Uns sind die Schmerzpunkte und vielleicht auch die innere Not mancher Gemeinden und Personen nicht ausreichend bewusst geworden.

Ging es nicht auch um das Thema Homosexualität?

Das Thema Homosexualität war einer der Gründe, die angeführt wurden. Die Leitung des ChristusForums hatte sich eine klare konservative Positionierung vom Präsidium gewünscht. Uns war es aber wichtig an dem Grundprinzip eines Kongregationalismus festzuhalten. Jede Gemeinde muss sich auf den Weg machen und einen Umgang mit dieser Frage finden. Unter anderem wurde auch angeführt, dass Hauptamtliche im Bund nicht mehr an die Auferstehung glauben würden oder an den Kreuzestod.

Natalie Georgi, Pastorin der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde in Berlin-Steglitz. Foto: Benjamin Lassiwe



Das hat uns etwas überrascht. Denn wir haben uns immer zum auferstandenen Christus bekannt und die Bedeutung des Kreuzestodes hochgehalten.

Wie ist denn die Position bei der Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren bei Ihnen?

Es ist so, dass wir die Autonomie der Ortsgemeinde als ein hohes Gut in unserem Bund sehen. Die Ortsgemeinde kann selbst entscheiden, wie sie mit der Segnung von Homosexuellen umgeht, ob diese Menschen getauft werden, ob sie mitarbeiten dürfen, ob sie leiten dürfen, ob sie predigen dürfen. Als Bund ermutigen wir die Gemeinden dazu, für sich einen Weg zu finden, damit umzugehen. Und wir stellen uns dann hinter das, was die Gemeinde für sich erkannt hat.

Und wie ist es in Ihrer Gemeinde in Berlin-Steglitz?

Wir haben dazu einen Prozess gemacht, über zwei Jahre lang. Und wir haben uns dafür entschieden, dass für uns die Beziehungsethik das Entscheidende ist. Wichtig ist: Wie können wir jetzt gut Beziehung leben? Welche Maßstäbe gibt Gott uns an die Hand und können wir aus der Bibel lesen? Für uns ist wichtig, wie Beziehung gelebt wird, und nicht, wer miteinander in Beziehung ist.

Wir haben dann letztes Jahr entschieden, dass wir eine Gemeinde sein wollen, die Menschen unab-

„Es gibt Menschen, für die unsere Entscheidung schwierig ist.“

hängig von ihrer sexuellen Orientierung oder auch Geschlechtlichkeit gleich behandelt, und zwar in allen Punkten: Bei der Mitarbeit in der Gemeinde, bei Taufen, Segnungen und in der Gemeindeleitung. Die Gemeinde hat dem mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zugestimmt. Das heißt: Es gibt auch Menschen, für die das schwierig ist. Aber genau diese Vielfalt wollen wir akzeptieren und miteinander trotzdem einen gemeinsamen Weg gehen.

Wie viele andere solche Gemeinden gibt es in Berlin? Wie ist das Verhältnis von BEFG-Gemeinden, die so verfahren, zu denen, die es nicht tun?

Es gibt meines Wissens fünf Willkommensgemeinden unter den 27 Gemeinden in Berlin. Doch auch unter diesen Gemeinden gibt es Unterschiede, in welcher Form sie das leben.

Es gibt in Deutschland eine Reihe von Gemeinden, die sich Baptistengemeinde nennen, aber nicht zu ihrem Bund gehören. Wie gehen Sie damit um?

Man sagt tatsächlich, dass es etwa doppelt so viele freie Baptistengemeinden gibt, die nicht zu unserem Bund gehören. Grundsätzlich ist es so, dass es vor Ort, wenn es zu Begegnungen kommt, freundliche und wertschätzende Begegnungen gibt. Leider ist es so, dass einzelne Gemeinden ab und zu negativ in der Presse auffallen: Etwa in der Corona-Zeit, in der sich manche dieser Gemeinden nicht an die geltenden Regeln hielten. Andere Gemeinden äußern sich sehr fundamentalistisch.

Solche Einzelfälle sind für uns schwierig, weil die Menschen schnell ein schlechtes Bild von Baptisten bekommen. In den kritischen Fällen versuchen wir klarzustellen, dass dies keine Gemeinde unseres Bundes ist und wie wir mit den Themen umgehen. Aufklärung ist da, glaube ich, der beste Weg.

Ein Thema, was die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden und die übrigen Kirchen der Ökumene trennt, ist die Taufe. Sie praktizieren die Gläubigentaufe, andere Kirchen taufen Kinder. Wie geht es da weiter?

Wie die meisten täuferischen Kirchen praktizieren wir ausschließlich die Gläubigentaufe. Wir hatten unter anderem zu dieser Thematik sechs Jahre lang Lehrgespräche mit der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELKD). Als Abschluss dieser Lehrgespräche haben wir uns letztes Jahr für eine „Kirchengemeinschaft auf dem Weg“ entschieden. Die Taufe ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum Christsein und dieser kann zu unterschiedlichen

Zeitpunkten geschehen. Bei uns ist es so, dass immer mehr Gemeinden die Glaubenstaufe nicht mehr absolut verlangen, wie es früher sein musste. Wenn jemand aus seelsorgerlichen Gründen für sich sagt: „Ich akzeptiere meine Kindertaufe als meine Taufe“, dann kann er durch ein Glaubenszeugnis vor der Gemeinde Mitglied werden. Ich würde sagen, dass das mittlerweile gut die Hälfte unserer Gemeinden so praktiziert.

Freikirchen gelten oft auch als missionarisch aktiv. Wie sieht das bei Ihnen aus? Haben Sie das Gefühl, Ihr Bund und seine Gemeinden erreichen noch Menschen, die nie was mit Kirche zu tun hatten?

Früher hatten wir immer die Devise: Jeder Baptist ist auch ein Missionar. Ich wünsche mir ein bisschen diese Zeiten zurück. Allerdings wünsche ich mir keine Mission mit Angstmacherei oder Druck, wie ich

„Ich wünsche mir Mission als ein positives Angebot für das Leben der Menschen.“

sie an einigen Stellen mitbekomme. Ich wünsche mir Mission als ein positives Angebot für das Leben der Menschen. Wir müssen den Menschen zeigen, dass der Glaube einen Mehrwert für ihr Leben hat. Wir müssen wieder entdecken: Wie können wir heute über Jesus reden? Wie können wir über den Glauben reden? Welche Worte nutzen wir da?

Und was mir auch wichtig ist, ist gelebte Spiritualität: Hier dürfen wir neue Formen finden und alte Formen wiederentdecken. In unserer westlichen Gesellschaft nimmt die Bedeutung des Christentums ab. Spannend ist, dass sich aber gleichzeitig immer mehr – vor allem junge Menschen – als spirituell bezeichnen. Das heißt, die Sehnsucht nach Spiritualität ist da. Nur scheinbar haben wir nicht die richtigen Antworten darauf. Oder die Menschen erwarten sie bei uns nicht.

Hier können wir selbstbewusst sagen: Doch, wir haben da wirklich etwas, und es kann dein Leben

bereichern, das wünsche ich mir. Das ist vielleicht etwas anders als die Evangelisation, die es früher gab. Aber auch durch Social Media haben wir ja eine ganz neue Welt, in der wir Menschen berühren können mit dem Wort Gottes. Und das wünsche ich mir, dass wir das auf eine gute Art und Weise auch wieder einbringen und nutzen.

Wie ist die Mitgliederentwicklung in Ihrem Bund? Ähnlich wie in den großen Kirchen?

Bei uns ist der Rückgang etwas geringer, aber doch spürbar. Letztes Jahr haben wir rund 1,5 Prozent an Mitgliedern verloren. Die Corona-Zeit war hart für uns, auch was die Mitgliederzahlen anging: Da haben wir einen Einbruch erlebt, gerade weil die Taufen nicht mehr stattfanden. Gegen so einen Trend gegenzusteuern, ist nicht leicht. Aber wir sind auch hoffnungsvoll, dass sich dieser Trend noch ändern kann und wollen bewusst mit unserer Neustrukturierung einen Schwerpunkt auf missionarische Gemeindeentwicklung setzen, damit Gemeinden wieder wachsen und Menschen zum Glauben finden. Und 2024 hatten wir so viele Taufen wie zuletzt vor Corona. Das macht Mut.

Können Sie denn alle Gemeinden halten, die Sie in Deutschland haben?

Es ist tatsächlich so, dass wir in den letzten Jahren immer etwa drei oder vier Gemeinden pro Jahr dabei begleiten mussten, dass sie sich auflösen. Das macht uns traurig. Gleichzeitig erleben wir aber auch Gemeindegründungen. Viele unserer Gemeinden, etwa 40 Prozent, haben mittlerweile weniger als 50 Mitglieder. Das kann aber für manche Menschen auch genau der richtige Weg sein, wenn man sich in solch einer familiären Struktur trifft.

Wie kann eine Gemeinde, die weniger als 50 Mitglieder hat, einen Pastor bezahlen?

Das können eben viele nicht mehr, richtig. Genau das führt auch dazu, dass es immer mehr Halbtagsstellen gibt oder dass ganz viele Gemeinden komplett

ohne Hauptamtliche sind. Wir versuchen auch, unsere überregionalen Stellen so zu strukturieren, dass man mit einer halben Stelle im Bund arbeitet und mit einer halben Stelle in einer Gemeinde. Denn wir haben auch das Problem, das Sie aus anderen Kirchen kennen: Viele Hauptamtliche gehen in Rente, aber wir haben nicht genügend Nachwuchs.

Was kann denn eine BEFG-Gemeinde nicht ohne Pastor tun? Wofür braucht es einen Pastor – was kann die Gemeindeleitung nicht alleine machen?

Eigentlich nichts. Eine Gemeinde mit ihren Ehrenamtlichen kann alles allein machen. Wir leben das Priestertum aller Gläubigen. Das bedeutet, dass auch alle Kasualien von Ehrenamtlichen gemacht werden können. Und das leben wir ja auch so. Allerdings ist es so, dass das natürlich viel Arbeit ist. Mein Verständnis von Pastoren ist, dass wir speziell ausgebildete Mitglieder der Gemeinde sind, die von ihrem weltlichen Beruf freigestellt sind, um ganz in der Gemeinde arbeiten zu können. Das ist sicher ein anderes Amtsverständnis als in anderen Kirchen. Grundsätzlich gilt: Alles, was ich für die Gemeinde tun kann, könnte eine Gemeinde theoretisch auch ohne mich machen – bis hin zur Einsetzung des Abendmahls.

Sie leisten sich als Baptisten eine eigene, staatlich anerkannte theologische Hochschule in Elstal bei Berlin. Wie lange geht das noch?

Das ist eine gute Frage. Zu unserem Umstrukturierungsprozess gehört tatsächlich auch die Weiterentwicklung der Theologischen Hochschule Elstal. Wir

haben vor kurzem beschlossen, dass wir den Weg versuchen wollen, mit anderen Freikirchen, die ihre eigene Hochschule haben, eine gemeinsame Hochschule zu gründen. Damit wollen wir die freikirchliche Theologie bei sinkenden Studierendenzahlen sichern und fördern. Wir haben uns einen Zeitraum von zehn Jahren genommen, um das zu entwickeln.

Und was wünschen Sie sich von der Ökumene?

In der Ökumene haben wir in den letzten Jahren große Schritte gewagt. Wir sind einerseits im Ökumenischen Rat der Kirchen Mitglied geworden. Über die Zusammenarbeit mit den Lutheranern habe ich schon gesprochen, und mit der EKD hat die Vereinigung Evangelischer Freikirchen, zu der wir gehören, eine Predigtgemeinschaft vereinbart. Ich wünsche mir, dass diese Entschlüsse nun ins Leben kommen und wir darin erleben: Wir sind in unserer Vielfalt der unterschiedlichen Konfessionen – also natürlich über die zuvor Genannten hinaus auch die Katholiken und Orthodoxen – ein Teil des Leibes Christi, der entscheidend und wichtig ist für diese Welt.

Ich wünschte mir allerdings, dass es noch mehr Synergieeffekte zwischen den Kirchen gibt. Manchmal habe ich den Eindruck, alle Kirchen wollen dann doch irgendwie die übrig gebliebenen Christen für sich vereinnahmen, dass sie doch bitte zur eigenen Gemeinde/Kirche kommen sollen. Diese Haltung finde ich geistlich nicht richtig. Denn darum geht es nicht. Es geht darum, dass die Menschen zu Christus geführt werden und begleitet werden in ihrem Glauben. Und daran können wir miteinander arbeiten.

[Website des BEFG](#)



Gottesdienst in einer Baptistengemeinde in München zur Aufnahme eines neuen Mitglieds.

Foto: KNA-Bild

Kirchenkampf in Armenien?

Seit der Einnahme der armenischen Exklave Berg-Karabach durch Aserbaidshan wachsen die Spannungen zwischen Armeniens Regierung und der Kirche des Landes. Jüngster Höhepunkt waren die Durchsuchung des Katholikats und die Festnahme eines Erzbischofs.

Von Nikolaj Thon

Etschmiadsin (KNA) In Armenien ist es zu einem heftigen Konflikt zwischen der Regierung und der armenisch-apostolischen Kirche gekommen. Am Morgen des 27. Juni drangen laut Armenian News maskierte Beamte des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS) Armeniens in Etschmiadsin ein, der Residenz der Kirchenleitung. Dort fand zu dem Zeitpunkt eine Versammlung des Klerus unter Leitung des Katholikos aller Armenier Karekin II. statt.

Nachdem zwei Tage zuvor der armenisch-apostolische Erzbischof Bagrat Galstanyan mit 13 weiteren Personen festgenommen und angeklagt worden war, wollten die armenischen Behörden nun offenbar auch einen weiteren regierungskritischen Geistlichen verhaften: Erzbischof Mikael Ajapahyan von Gyumri und Shirak.

Auch ihm wird vorgeworfen, ein Komplott zum Sturz der Re-



Erzbischof Mikael Ajapahyan hatte die Regierung in Jerewan des Öfteren kritisiert. Forderungen aus der Bevölkerung, er solle in die Politik gehen, lehnte er mehrfach ab. Nun nahmen ihn Polizeibeamte fest. Foto: Photolur

gierung geplant, Massenunruhen angestiftet und angebliche Terroranschläge vorbereitet zu haben. Da sich der Erzbischof zum Zeitpunkt der polizeilichen Operation in der Residenz des Katholikos befand, leiteten die Sicherheitskräfte Durchsuchungen direkt auf dem Gelände des Patriarchats ein.

Gläubige und Priester versammelten sich spontan vor den Toren des Patriarchats und verhinderten eine Festnahme des Erzbischofs. Die Situation eskalierte, als Beamte der NSS trotz Widerstands der Laien das Fenster des Wachpostens des Patriarchats einschlugen und auf das Gelände eindrangen. Unter dem Druck der Bevölke-



Der Katholikos aller Armenier, Karekin II., zu Besuch bei Papst Franziskus 2018 und Armeniens Ministerpräsident Nikol Paschinjan im November 2024.

Fotos: Vatican Media/RS/KNA

rung und des Klerus mussten die Sicherheitskräfte jedoch das Patriarchat verlassen.

Region um Etschmiadsin abgesperrt

Erzbischof Mikael Ajapahyan erklärte sich bereit, mit den Sicherheitskräften alle notwendigen Schritte zu unternehmen. „Ich werde mit dem NSS gehen, der Klerus wird mir folgen“, so der Erzbischof zu den Versammelten. Katholikos Karekin II. wird mit den Worten zitiert: „Erzbischof Mikael wird in Begleitung eines Anwalts mit den Polizeibeamten mitgehen, und der Rest des Klerus wird sich zur Synode versammeln. Wir werden uns treffen und bezüglich unseres weiteren Vorgehens abstimmen. Wir werden uns alle dafür einsetzen, dass Gerechtigkeit wiederhergestellt wird.“

Einigen Berichten zufolge wurden Bürger angewiesen, sich nicht der

Stadt Etschmiadsin zu nähern; die Eingänge seien blockiert. Diese Gerüchte riefen auch Widerstandsbekundungen hervor: „Der gesamte Klerus ist bereit, verhaftet zu werden“, schrieb etwa Priestermonch Asoghik Karapetyan, Direktor der Archive und Museen des Katholikats auf seiner Facebook-Seite. „Entweder ihr nehmt uns alle aus dem Heiligen Etschmiadsin weg oder unsere Leichen“, schrieb er. Auch zahlreiche Gläubige, die trotz Kontrollen nach Etschmiadsin kamen, sagten: „Wir werden die Kirche nicht im Stich lassen. Wir stehen hinter ihr.“

Zwei Monate U-Haft für Erzbischof

Laut dem landesweit bekannten Anwalt Migran Poghosjan wollten die Behörden das Betreten von Etschmiadsin behindern, um eine erwartete massive Unterstützung der Geistlichen durch die Bevöl-

kerung zu verhindern. In einer offiziellen Erklärung forderten die Behörden die Menschen auf, die Situation nicht eskalieren zu lassen und sich nicht in die Handlungen der Strafverfolgungsbehörden einzumischen.

Konflikt zwischen Premier und Katholikos

Trotz der Proteste habe ein Gericht in Eriwan am Samstag zwei Monate Untersuchungshaft für Erzbischof Mikael Ajapahyan angeordnet, teilte sein Anwalt Ara Zohrabjan mit. Die Entscheidung sei „offensichtlich illegal und unbegründet“, sein Mandant werde daher Berufung einlegen.

Offensichtlich hat sich der zunehmend gewaltsame Druck auf die armenisch-apostolische Kirche verstärkt. Hintergrund ist auch eine rapide Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ministerpräsident Nikol Paschinjan und

dem armenischen Katholikos. Die Eskalation begann, nachdem der Klerus Paschinjans Karabach-Politik scharf verurteilt hatte.

Paschinjan stand vergangenes Jahr im Mittelpunkt der Proteste Zehntausender Demonstranten, nachdem Armenien zugestimmt hatte, die Kontrolle über mehrere Grenzdörfer an Aserbaidtschan abzugeben. Das hatte auch die Kirche anprangert.

Konflikt um Karabach im Hintergrund

Im Jahr 2020 eroberte Aserbaidtschan weite Teile des Gebiets zurück, das fast drei Jahrzehnte lang von armenischen Streitkräften gehalten worden war. Im September 2023 gelang es Aserbaidtschan in einer blitzschnellen Militäraktion, die Kontrolle über Karabach zurückzugewinnen. Armenien übergab daraufhin später die Grenzdörfer.

Paschinjan warf umgekehrt wiederholt der armenisch-apostolischen Kirche Verbindungen zu Russland vor; zudem behindere sie Reformen. Polemisch hatte er einmal angemerkt, Kirchengebäude glichen eher „mit Gerümpel gefüllten Schränken“. Zudem attackierte der Regierungschef den Katholikos persönlich und warf ihm öffentlich vor, sein Mönchsgelübde verletzt zu haben.



Im September 2024 war die Kathedrale von Etschmiadsin nach sechs Jahren Renovierung feierlich wiedereröffnet worden – im Beisein von Regierungschef Pashinyan.
Foto: Daniel Pelz/KNA

Papst Leo XIV. soll im November in die Türkei reisen

Vatikanstadt (KNA) Papst Leo XIV. wird im November wohl in die Türkei reisen. Das geht aus einer Äußerung des brasilianischen Kardinals Jaime Spengler am Dienstag im Vatikan hervor. Anlass der Reise, über die schon länger spekuliert wird, ist das 1.700-Jahr-Jubiläum des Konzils von Nizäa, dem heutigen İznik in der Türkei. Beim Ersten Ökumenischen Konzil wurde im Jahr 325 in Nizäa das gemeinsame christliche Glaubensbekenntnis entwickelt. Offiziell bestätigte der Vatikan die Reise bislang nicht.

Anlass des Versprechers war die Nachfrage eines Journalisten bei einer Pressekonferenz, ob Leo XIV. an der nächsten UN-Klima-



Ende Mai empfing der Papst Patriarch Bartholomaios I. im Vatikan. Im November könnte es umgekehrt in der Türkei sein. Foto: VM/RS/KNA

konferenz in Brasilien teilnehmen werde. Bischöfe des lateinamerikanischen Bischofsrats CELAM hätten ihm die Teilnahme vorgeschlagen, die offizielle Einladung seitens der brasilianischen Regierung gebe es auch, so Spengler.

Bei einer Audienz mit Leo XIV. an diesem Dienstag hätten die

teilnehmenden Bischöfe noch einmal nachgefragt. Jedoch sei es terminlich für den Papst schwierig, weil er im November nach Nizäa reisen müsse. Die Teilnahme an der Klimakonferenz COP30, die ebenfalls im November stattfindet, habe Leo XIV. darum offengelassen

Mel Gibson sucht auf dem Athos Inspiration für neues Filmprojekt

Athos (KNA) Der US-amerikanische Schauspieler, Regisseur und Filmproduzent Mel Gibson hält sich seit Ende Juni auf dem Berg Athos, der orthodoxen Mönchsrepublik in Nordgriechenland, auf. Medienberichten zufolge will er einige Tage im serbischen Kloster Hilandar verbringen. Informationen des „KNA-Hintergrund“ zufolge arbeitet Gibson derzeit an einem neuen Projekt, das der Himmelfahrt Christi gewidmet ist. Dafür suche er auf dem Athos spirituelle Inspiration und Gebetsunterstützung, hieß es.



Das Kloster Hilandar auf dem Berg Athos Foto: Zeljkokiss

Das Kloster Hilandar ist eines der 20 herrschenden Klöster des Berges Athos und hat eine besondere Bedeutung für die serbische Orthodoxie. Es wurde im 12. Jahr-

hundert von den Heiligen Simeon und Sava gegründet.

Bekannt wurde Gibson durch Rollen in weltweit erfolgreichen Action- und Kriegsfilmern wie etwa „Braveheart“ (1996). Aufmerksamkeit erregte er durch sein Filmprojekt „Die Passion Christi“, das er ab 1992 vorbereitete und 2003 in Italien drehte, mit einem selbst aufgebrauchten Budget in Höhe von 25 Millionen Dollar. Vor allem wegen seiner expliziten und exzessiven Gewaltdarstellungen löste der Film jedoch auch heftige Kritik aus.

Pakistans Oberster Gerichtshof hebt Todesurteil wegen Blasphemie auf

Islamabad (KNA) Pakistans Oberster Gerichtshof hat nach 23 Jahren einen heute 72-jährigen Mann vom Vorwurf der Blasphemie freigesprochen. Wie unter anderem der katholische Pressedienst UCA News berichtete, hoben die Richter vergangene Woche das 2002 verhängte Todesurteil gegen den Christen Anwar Kenneth auf. Sie begründeten dies damit, dass eine

psychisch kranke Person nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könne.

Kenneth, ein ehemaliger Regierungsangestellter, wurde 2001 verhaftet, nachdem er angeblich Briefe geschrieben hatte, die als blasphemisch gegenüber der Mehrheitsreligion des Islam gelten. Im Jahr 2002 wurde er gemäß Abschnitt 295-C des pakistani-

schen Strafgesetzbuchs zum Tode verurteilt und mit einer Geldstrafe von fünf Millionen Rupien belegt.

Trotz Bedenken hinsichtlich seiner geistigen Gesundheit und Berichten über ein erzwungenes Schuldbekenntnis bestätigte das Oberste Gericht von Lahore 2014 die Verurteilung. Nach Angaben seines Anwalts wird Kenneth voraussichtlich in Kürze freigelassen.

Serbiens Patriarch Porfirije ruft Landsleute zur Einheit auf

Belgrad (KNA) Der serbisch-orthodoxe Patriarch Porfirije hat die Menschen in Serbien zur Einheit aufgerufen. Er nutzte dazu die traditionellen Feierlichkeiten zum Veitstag (Vidovdan) am 28. Juni, wie der Pro Oriente-Informationsdienst am Dienstag berichtete. Das serbisch-orthodoxe Kirchenoberhaupt stand unter anderem einem Gottesdienst im Kloster Ravanica vor.

Direkten Bezug auf die anhaltenden Proteste gegen die serbische Regierung nahm der Patriarch aber nicht. Dafür betonte er einmal mehr, dass das serbische Volk und die serbisch-orthodoxe Kirche untrennbar mit Kosovo verbunden seien. Der Patriarch sprach unter anderem von einem „heiligen Bund“. Kosovo-Metohija gilt als das Herzstück der serbisch-orthodoxen Kirche. Damit ist das „Klosterland“ im Westen von Kosovo gemeint.



Patriarch Porfirije

Das Kloster Ravanica liegt in Zentralserbien und ist eine Stiftung des Fürsten Lazar Hrebeljanovi, der 1389 in der Schlacht auf dem Amselfeld ums Leben kam und dessen Gebeine anschließend in diesem Kloster beigesetzt wurden. Fürst Lazar wurde schon gut ein Jahr nach seinem Tod heiliggesprochen und ist einer der wichtigsten Heiligen der serbisch-orthodoxen Kirche. Bis heute ist der 28. Juni ein Feiertag in Serbien.

Die Leitung der orthodoxen Theologischen Fakultät der Universität Belgrad hat unterdessen in einem öffentlichen Schreiben die Studierenden aufgefordert, wieder an den Lehrveranstaltungen teilzunehmen, anstatt gegen die Regierung zu protestieren. Der Lehrbetrieb stehe im Dienste der Verkündigung und der Mission der Kirche und dürfe nicht länger unterbrochen werden. Bisher habe man die Teilnahme der Theologie-Studierenden aus Solidarität mit denen anderer Fakultäten und Universitäten toleriert, doch nun müsse dies ein Ende haben.

Auf die Besetzung der Belgrader Universität durch Studierende Bezug nehmend, heißt es in der Erklärung, dass das Gebäude der Theologischen Fakultät Eigentum der serbisch-orthodoxen Kirche und nicht des Staates Serbien sei, im Unterschied zu Gebäuden anderer staatlicher Fakultäten.

Wichtige Stockholmer Kirche wird katholisch – Gemeinden wachsen stark

Stockholm (KNA) Eine der größten Kirchen Stockholms ist nun offiziell katholisch: Das katholische Bistum Stockholm übernahm von der lutherischen Schwedischen Kirche die Johanneskirche auf dem Brunkeberg. Das neogotische Gotteshaus mit rund 900 Plätzen wird bereits seit 1978 für katholische Messfeiern mitgenutzt.

Dort, wo 1471 die entscheidende Schlacht des dänisch-schwedischen Krieges stattfand und der schwedische Reichsverweser Sven Sture den dänischen König Christian I. besiegte, finden heute sonntags drei Gottesdienste für polnische und ukrainische Katholiken statt. Künftig soll es auch Messen in der altäthiopischen Kirchensprache Ge'ez geben.

Wie der Generalvikar des Bistums Stockholm, Jean-Pascal Lung, kürzlich bei einem Besuch einer Gruppe des Paderborner Bonifatiuswerks in Stockholm berichtete, zahlte die katholische Kirche bisher umgerechnet 90.000



Foto: Michael Caven

Innenraum der Johannes kyrka auf dem Stockholmer Brunkeberg.

Euro Miete pro Jahr. Nun gehe die von der lutherischen Kirche kürzlich renovierte Kirche kostenfrei in ihre Trägerschaft über. Allerdings entstünden 110.000 Euro Betriebskosten pro Jahr. „Für uns ist das ein wichtiges ökumenisches Zeichen“, sagte Lung.

Während die lutherische Kirche Schwedens Jahr für Jahr etwa ein Prozent ihrer Gemeindeglieder verliert, wächst die Zahl der Katholiken um etwa drei Prozent pro Jahr, vor allem durch

Zuzug. Nach offiziellen Angaben leben heute offiziell rund 130.000 Katholiken in Schweden; ein Bevölkerungsanteil von 1,2 Prozent.

Weil sich viele Geflüchtete aufgrund negativer Erfahrungen mit staatlichen Behörden in ihrem Herkunftsland nicht als katholisch registrieren lassen, könnten tatsächlich bis zu 300.000 katholische Christen in Schweden leben. Finanziell unterstützt wird das Stockholmer Bistum durch das Bonifatiuswerk und andere.

Priestermangel: Tschechischer Bischof hebt Sonntagspflicht teilweise auf

Prag/Olomouc (KNA) Erzbischof Jozef Nuzik von Olmütz in Tschechien hat befristet für die Zeit des Priestermangels für bestimmte Fälle vom Pflichtbesuch der sonntäglichen Messfeier dispensiert. Laut Hinweisen zum Sonntagsgottesdienst, die in allen Kirchen der Erzdiözese zu verlesen waren,

sollten Gläubige, in deren Pfarrei am Sonntag keine Messe stattfindet, die Sonntagsmesse in der Nachbarpfarrei feiern oder an einem Wortgottesdienst mit einem Diakon teilnehmen. Sollte dies aus „schwerwiegenden Gründen (z.B. der Unmöglichkeit einer Verkehrsverbindung)“ nicht möglich sei,

erteile er ihnen die „Erlaubnis, die Teilnahme an der sonntäglichen heiligen Messe durch ein persönliches Gebet oder ein (halbstündiges) Gebet in der Familie, das Anhören der heiligen Messe im Radio oder die Verfolgung im Fernsehen sowie eventuell einer Online-Übertragung zu ersetzen“.